Wissenschaftsrat

**Stellungnahmen zur
Historischen Kommission zu Berlin und
zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat
in Marburg**

Wissenschaftsrat

Drs. 738/92

Berlin, den 15.5.1992

Stellungnahmen zur Historischen Kommission zu Berlin und zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat in Marburg

Inhalt — Seite

Vorbemerkung 2

A. Aufgaben und Umfeld der beiden wissenschaftlichen Einrichtungen 4

I. Zum Forschungsfeld "Ostmitteleuropa" 4
II. Allgemeine Gesichtspunkte 13

B. Zur Historischen Kommission zu Berlin 16

I. Ausgangslage 16
1. Aufgaben und Organisation 16
2. Forschungsschwerpunkte und Arbeitsbereiche 22
3. Bibliothek und Archiv 27
4. Veröffentlichungen, Tagungen, Zusammenarbeit 28
II. Stellungnahme 32
1. Zur wissenschaftlichen Bedeutung und zur Struktur der Forschungseinrichtung 32
2. Zur künftigen Forschungstätigkeit und ihrer Trägerschaft 40
3. Zum wissenschaftlichen Personal 42
4. Zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit 43
5. Zusammenfassende Beurteilung 44

C. Zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und zum Johann-Gottfried-Herder-Institut 46

I. Ausgangslage 46
1. Entwicklung 46
2. Aufgaben und Organisation 49
3. Forschungsschwerpunkte 53
4. Bibliothek und Archive 57
5. Veröffentlichungen, Tagungen und wissenschaftliche Kontakte 59
II. Stellungnahme 63
1. Zur wissenschaftlichen Bedeutung und zur Struktur der Forschungseinrichtung 63
2. Zur wissenschaftlichen Arbeit der einzelnen Abteilungen 66
3. Zur Organisation und künftigen Forschungstätigkeit 68
4. Zum wissenschaftlichen Personal 71
5. Zur sächlichen Ausstattung 72
6. Zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit 72
7. Zusammenfassende Beurteilung 72

D. Zusammenfassung und Ausblick 75

Anhang: Verzeichnis der vorgelegten Unterlagen 79

Vorbemerkung

Der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat in Marburg gehört zu den Einrichtungen, die von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat den Wissenschaftsrat gebeten, erneut zu prüfen, ob der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat die Voraussetzungen für die Fortführung der gemeinsamen Förderung seiner Forschungsarbeit durch Bund und Länder erfüllt.[1] Außerdem hat der Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin den Wissenschaftsrat gebeten, zur wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und den Möglichkeiten der strukturellen Weiterentwicklung der Historischen Kommission zu Berlin Stellung zu nehmen. Dabei sollte auch zu den Möglichkeiten einer Aufnahme der Einrichtung in die gemeinsame Forschungsförderung Stellung genommen werden.

Nach der "Rahmenvereinbarung Forschungsförderung"[2] in Verbindung mit der "Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen"[3] sind folgende Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung duch Bund und Länder erforderlich:

---

[1] Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat (vom 14. November 1980). In: ders.: Stellungnahmen zu geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen. Köln 1981. S. 87-104.

[2] Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91b GG (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vom 28. November 1975.

[3] Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen) vom 5./6. Mai 1977, zuletzt geändert am 17./21. Dezember 1990.

- Es muß sich um eine selbständige Forschungseinrichtung oder um eine Trägerorganisation von Forschungseinrichtungen oder um eine Forschungsförderungsorganisation oder um eine Einrichtung mit Servicefunktion für die Forschung handeln.
- Der von Bund und Ländern zu deckende Zuwendungsbedarf muß eine bestimmte Größenordnung übersteigen; sie beträgt bei Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung derzeit 1,7 Millionen DM, bei den übrigen Einrichtungen derzeit 2,5 Millionen DM.
- Die Einrichtung muß von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse sein.

Ob die beiden ersten Voraussetzungen vorliegen, läßt sich anhand der Satzung und des Wirtschaftsplans der jeweiligen Einrichtung beurteilen. Die Aussagen zur überregionalen Bedeutung und zum gesamtstaatlichen wissenschaftspolitischen Interesse setzen dagegen eine Bewertung der wissenschaftlichen Leistung voraus.

Der Wissenschaftsrat hat zur Vorbereitung seiner Stellungnahmen eine Arbeitsgruppe gebildet, der auch Sachverständige angehören, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet. Die Arbeitsgruppe hat die Historische Kommission zu Berlin und den Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat im September 1991 besucht und Gespräche mit den Leitungsgremien und Mitarbeitern der Einrichtungen geführt.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 15. Mai 1992 verabschiedet.

A. Aufgaben und Umfeld der beiden wissenschaftlichen Einrichtungen

I. Zum Forschungsfeld "Ostmitteleuropa"

Die Historische Kommission zu Berlin und der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und sein Institut bewegen sich teilweise in einem gemeinsamen Forschungsfeld, das mit dem Begriff "Ostmitteleuropa" bezeichnet wird.[1] In historisch-geographischer Hinsicht zählen dazu die Länder Polen, Tschechoslowakei und das Baltikum sowie deren Verflechtung mit der deutschen und europäischen Geschichte.[2] Davon abzugrenzen ist - bezogen auf den übergeordneten Begriff der Osteuropaforschung[3] - etwa die russische bzw. sowjetische und die südosteuropäische Geschichte.

Innerhalb der Historischen Kommission zu Berlin betreibt die in den 70er Jahren gegründete Sektion "Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen" überwiegend auf Ostmitteleuropa bezogene Forschung. Der Leiter der Sektion ist zugleich Lehrstuhlinhaber am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin und vertritt dort neben dem Arbeitsschwerpunkt Ostmitteleuropa die Geschichte der Ostseeländer bzw. Nordosteuropas.

---

[1] Vgl. dazu auch Kap. B.I. und C.I.

[2] Diese Eingrenzung nimmt der Herder-Forschungsrat vor.

[3] Vgl. dazu auch Oberländer, Erwin (Hrsg.): Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945 - 1990. Stuttgart 1992.

Während die historische Ostmitteleuropaforschung also nur einen Teilbereich im Aufgabenspektrum der Historischen Kommission zu Berlin darstellt, liegt hier das Zentrum des wissenschaftlichen Interesses des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates (HFR) und des Herder-Instituts (HI). Die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte und Kultur in den genannten Regionen bildete personen- und zeitbedingt den Ausgangspunkt der Forschung und kann auch derzeit als wichtigster Schwerpunkt angesehen werden. Geschichtswissenschaftliche Forschungsarbeiten über die Völker und Staaten, zu denen die historischen deutschen Siedlungsgebiete heute gehören, gelten allerdings zunehmend als gleichwertige Aufgabe.

Der HFR versteht sich nicht ausschließlich als historisch orientierte Vereinigung von Wissenschaftlern, sondern strebt, etwa mit kulturwissenschaftlichen Arbeiten, nach interdisziplinären Ansätzen. Er gehört neben dem auf die Geschichte der böhmischen Länder spezialisierten Collegium Carolinum als einzige Einrichtung mit überwiegend historischer Ausrichtung dem Koordinationsausschuß der bundesgeförderten Osteuropaforschung an. Im Zusammenhang mit der in der Anfangsphase der HFR angestrebten Erfassung der Entwicklungen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der Wandlungen in Osteuropa im Gefolge der Sowjetisierung entwickelte sich die Gegenwartsforschung - mit Schwankungen in der Gewichtung - zusätzlich zu einem wesentlichen Bestandteil des wissenschaftlichen Selbstverständnisses des HFR.

Als Teil der Osteuropaforschung ist die Bearbeitung der Geschichte Ostmitteleuropas wissenschaftsgeschichtlich

(Entwicklung der Fachdisziplin) und forschungspolitisch (eingetretener Wandel der Aufgabenstellungen) in folgender Weise zu charakterisieren[1]:

- Der Beratungsbedarf und das Interesse von Politik und Öffentlichkeit trugen seit dem Hervortreten des Ost-West-Gegensatzes nach dem Zweiten Weltkrieg zu der relativ intensiven Förderung des Fachgebietes Osteuropaforschung bei.

- Nicht nur in den 50er Jahren, in die die Gründung bzw. Wiedergründung einer Reihe von außeruniversitären Forschungseinrichtungen fällt, sondern auch in den 60er und noch in den 70er Jahren ist aufgrund der Einrichtung zahlreicher Lehrstühle bzw. Professuren für die Geschichte Osteuropas deren anhaltender "institutionelle(r) Aufschwung"[2] zu beobachten. Die Erforschung deutscher Geschichte und Kultur in den historischen Siedlungsgebieten jenseits von Oder und Neiße - wie sie vor allem vom Herder-Forschungsrat gefördert wird - bildet einen wichtigen Bestandteil, nicht aber den Schwerpunkt der Osteuropaforschung; dieser lag stets auf der Geschichte Rußlands bzw. der Sowjetunion.

- Der Ost-West-Gegensatz bewirkte in der Vergangenheit vor allem in solchen Teilbereichen der Geschichtswissenschaft (aber auch in den Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften), die sich mit osteuropäischen Themen oder solchen der brandenburgisch-preußischen Geschichte befaßten, Einschränkungen der Forschungsbedingungen, so etwa im Zugang zu dem Quellenmaterial oder in der internationalen Kooperation bzw. - bis 1990 - der Kooperation

---

[1] Vgl. dazu auch Oberländer, Erwin (Hrsg.): Geschichte Osteuropas, a.a.O., S. 33ff.

[2] Oberländer, Erwin (Hrsg.): Geschichte Osteuropas, a.a.O., S. 35.

zwischen Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Diese Defizite führten dann - kompensatorisch und teilweise in sogenannter "Stellvertreterfunktion" - etwa im Fall des Herder-Forschungsrates zu einer intensivierten, teils systematischen, teils Zufällen überlassenen Sammlung und Dokumentation von (zeit-)historischen Quellen (deutsch- und fremdsprachige Zeitungen, Fotographien, Nachlässe) sowie von fremdsprachiger Forschungsliteratur, die auch auswärtigen Nutzern offenstanden bzw. -stehen.

Im Blick auf eine Reihe von Beschränkungen, welche die stadt- und landesgeschichtlichen Sektionen der Historischen Kommission zu Berlin betraf, ließ sich für einen langen Zeitraum - angesichts der Quellenlage zum Teil überspitzt - von einer "Landesgeschichte ohne Land"[1] sprechen.

- Durch die Herstellung der deutschen Einheit und die politischen Veränderungen in den osteuropäischen Ländern ist insbesondere für außeruniversitäre historische und damit häufig auch politiknahe Forschungseinrichtungen ein Wandel eingetreten, der zu einer grundlegenden Neu- oder auch Rückbesinnung der Forschungsaufgaben zwingt. Dies bezieht sich in erster Linie auf die (Neu-)Definition von Forschungsschwerpunkten und (Neu-)Bestimmung von Sammel- und Dokumentationsaufgaben.

  Die aktuellen politischen Entwicklungen in Ost(mittel)europa haben die Forschungsarbeiten der zeitgeschichtlich sowie sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftlich orientierten Institute und Gruppen bereits nachhaltig beeinflußt. Sie lassen zur Zeit, so das Ständige Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuro-

---

[1] Gerd Heinrich: Landesgeschichtliche Arbeiten und Aufgaben in Berlin-Brandenburg. Rückblicke und Ausblicke. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 39 (1990), S. 1-42, hier S. 1

paforschung, "eine längerfristige Forschungsplanung wie in den vergangenen Jahren nicht mehr zu. Doch haben die Institute in ihrer Arbeit nicht nur den zum Teil sich überstürzenden Entwicklungen Rechnung zu tragen; sie sind zugleich vor neue Aufgaben gestellt. Die Erforschung des Marxismus-Leninismus wird in den Hintergrund gedrängt durch Fragen nach Strukturen (...) des Systemwandels, Arbeiten über die Kommunistische Partei werden nachrangig im Verhältnis zu Materialsammlungen über neue Parteien."[1]

Demzufolge ändern sich auch die Forschungsbedingungen für die stärker historisch arbeitenden Einrichtungen: a) Förderlich sind diese Veränderungen insofern, als nunmehr Kooperation und Kommunikation zwischen den west- und osteuropäischen Wissenschaftlern bzw. Einrichtungen weitgehend ungehindert möglich sind und somit neuartige Aufgabenstellungen und Arbeitsformen erprobt werden können. b) In Einzelfällen ist die Frage aufzuwerfen, welche Sammel-, Dokumentations- oder Forschungsaufgaben im Sinne der erwähnten "Stellvertreterfunktionen", die auch deutsche Forschungs- und Serviceeinrichtungen in der Vergangenheit übernommen haben, künftig entfallen können oder sollen.

- Für eine Reihe führender Vertreter der Ostmitteleuropaforschung war der Bezug zum Fach auch biographisch vermittelt ("Erlebnisgeneration"), wodurch nicht nur etwa spezielle Sprachkompetenzen gegeben waren, sondern auch das fachliche und politische Interesse eine besondere Prägung erfuhr. Die Gewinnung von Nachwuchswissenschaftlern kann gegenwärtig nicht mehr an derartige Voraussetzungen anknüpfen und setzt zum Teil aus anderer Motivation gespeiste Forschungsinteressen voraus.

---

[1] Ständiges Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung: Die bundesgeförderte Osteuropaforschung und ihre Projekte 1991. S. 1

Die spezifischen Forschungsinteressen und -ziele des HFR/HI und der Sektion "Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen" der Historischen Kommission zu Berlin[1] werden in keiner der zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die sich - teils in ausgewählten Schwerpunkten, teils am Rande - auch mit Ostmitteleuropa befassen, verfolgt. Insgesamt decken die außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein breites Feld wissenschaftlicher Fragestellungen ab (vgl. Übersicht 1).

Folgende Arbeitsschwerpunkte sind zu erkennen:

- Verbindung von gegenwartsbezogener und historischer Ost(mittel)europa-Forschung,
- ausschließlich oder überwiegend gegenwartsbezogene Ost-(mittel)europa-Forschung,
- spezielle wirtschafts- und sozialwissenschaftliche sowie agrar- und rechtswissenschaftliche Ausrichtungen.

Ferner soll nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates[2] vorzugsweise in Leipzig als Drehscheibe der Ost-West-Beziehungen und aufgrund des in der dortigen Universität vorhandenen slawistischen Forschungspotentials ein interdisziplinäres Zentrum für die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas entstehen (25 Wissenschaftler, davon 5 bis 6 C3/C4-Stellen). Das geplante Zentrum soll sich in Konstruktion und Ausrichtung deutlich von den Forschungseinrichtungen in Marburg, Oldenburg und Bremen unterscheiden und wichtige Impulse für eine beabsichtigte Neuorientierung der Osteuropaforschung geben.

---

[1] Vgl. dazu Kap. B.I. und C.I.

[2] Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den außeruniversitären Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Düsseldorf, 5.7.1991 (Drs. 334/91). S. 109 - 114.

Übersicht 1

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Osteuropa- und Ostmitteleuropaforschung

1. Gegenwartsbezogene und historische Forschungsschwerpunkte

Institut/ gegr.	Zahl der Mitarb. insg.	OE/OME	Abteilungen bzw. Arbeitsbereiche (z.T. Auswahl)	Forschungsvorhaben bzw. Arbeitsschwerpunkte (z.T. Auswahl)
Collegium Carolinum, München (1956)*	4	4	Geschichte und Gegenwart der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei	
Osteuropa-Institut, München (1952)*	19	19	Historische Abteilung Sozialökonomische Abteilung[1)] Deutsche in der Sowjetunion u. Aussiedler aus der UdSSR in der Bundesrep. Deutschland	Russische und finnische Geschichte Aktuelle Wirtsch.entwicklung in der UdSSR/GUS, in Polen und der CSFR / Analyse des Transformationsprozesses von Wirtschaftssystemen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen Einkommen und Einkommensdifferenzierung Nationale Beziehungen in der SU Migrationsmuster der Deutschen in der SU
Südost-Institut, München (1930)*	14	14	Geschichte Gegenwartsforschung	Forschungsthemen zu südoe Ländern (Geschichte, Kultur, Landeskunde, Politik, Wirtschaft) Bibliograph. zur Geschichte u. Gegenwart SüdOE
Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte, Oldenburg (1989/92)	10	4	Geschichte Sprach- und Lit.wissensch. Kunstgeschichte Volkskunde	Grundlagen und Durchführung d. Kulturautonomie Estland. Kommentierte Edition Die deutschen und die Balkan-Kolonisten in Neurußland und Bessarabien, 1752 - 1914 Bibliographie zur Geschichte der Deutschen in Rußland und der Sowjetunion

1) Vgl. auch Abschnitt 3. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ausrichtungen

2. Ausschließlich oder überwiegend gegenwartsbezogene Ost(mittel)europa-Forschung

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln (BIOst), 1961*	90	72	Russische Föderation und andere Nachfolgestaaten d. UdSSR Ostmittel- u. Südosteuropa Wirtschaft Außen- und Sicherheitspolitik der osteuropäischen Länder Nachfolgestaaten der UdSSR und Asien	Systemwechsel in Osteuropa Entstehung neuer Parteien und staatlicher Institutionen Entstehung neuer Nationalstaaten Neuordnung der Außenbeziehungen der osteuropäischen Staaten sowie der GUS

Institut/ gegr.	Zahl der Mitarb. insg.	OE/OME	Abteilungen bzw. Arbeitsbereiche (z.T. Auswahl)	Forschungsvorhaben bzw. Arbeitsschwerpunkte (z.T. Auswahl)
Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen (IGW), 1963/69*	31,5	8 4	Osteuropaforschung (seit 1987) Wissenschaftsforschung (seit 1988)	Wissenschaft, Forschung und Technologie in mittel- u. osteuropäischen Ländern
Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen (SWP), 1961*	45	10-15	Internationale Politik - Int. Beziehungen OE u. Nachfolgestaaten der ehem. SU - Wirtschaft OE u. ehem. SU	Außen- und Sicherheitspolitik Wirtschafts- und Energiepolitik Konstellationen und Konfliktrisiken in OMW und in der ehemaligen SU

3. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche sowie agrar- und rechtswissenschaftlicher Ausrichtungen

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW) (1925)*	106	10	Ostdeutschland und Osteuropa	Analyse der Transformationsprozesse in Ostdeutschland sowie in der UdSSR, in Polen, in der CSFR und in Rumänien (Produktion, Arbeitsmarkt, Inflation und Außenhandel)
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg (HWWA) (1908)*	55	6	Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsbeziehungen osteuropäischer Länder	Entwicklung und Transformation von Wirtschaftssystemen Wirtschaftsstruktur u. -entwicklung oe Länder Internationale Wirtschaftsbeziehungen OEs
Zentrum und Kommission zur Erforschung der Agrar- und Wirtschaftsverhältnisse des europäischen Ostens, Gießen (Zentrum Gießen) (1956)*	17	14 3	Agrarforschung (OE/SüdOE) Geschichte und Sprachen	Bodenkunde u. Bodenerhaltung (Umweltsicherung) Pflanzenbau u. -züchtung (Pflanzenproduktion) Veterinärmedizin / Agrarökonomie Wirtschaftswissenschaften Russ. bzw. sowjet. Geschichte u. Nationalitätenfragen sowie Probleme d. Integration von Spätaussiedlern etc. in Hessen
Institut für Ostrecht München e.V. (1957)*	6	6	Erforschung des Rechts der Staaten OE und OME	Systematische Beobachtung und Trendanalyse der Rechtsentwicklung in oe Staaten Übersetzung und Erläuterung neuer Gesetze
Institut für Ostrecht der Universität zu Köln*	6,5	6,5	Aktuelle Rechtsentwicklung in den osteuropäischen Ländern	Minderheitenschutz / Wirtschaftsrecht / Verfassungsentwicklung in OE

* Mitglieder des "Koordinationsausschusses für Osteuropaforschung"

Anders als in der Lehre, in der sich die Fachvertreter bemühen, die Geschichte Osteuropas in ihrer gesamten Breite abzudecken, zeigt die historische Forschung an den Hochschulen der Bundesrepublik[1] eine starke Konzentration auf die Geschichte Rußlands bzw. der Sowjetunion. Hier bilden die Lehrstühle für osteuropäische Geschichte in den neuen Bundesländern keine Ausnahme. Auffällig ist das begrenzte Interesse an der Geschichte Polens und der Tschechoslowakei, die nur an wenigen Hochschulen, so in Marburg, schwerpunktmäßig betrieben wird. Nicht besser verhält es sich in Hinsicht auf das Baltikum. Dabei stehen Neuere Geschichte und Zeitgeschichte eindeutig im Vordergrund. Die Mittelalterforschung weist dagegen auf dem gesamten Feld der Osteuropaforschung (Ausnahme Berlin) starke Defizite auf. Lehrstühle mit spezieller Widmung für die Geschichte Ostmitteleuropas finden sich bislang nicht. Die kleinen Forschungsstellen an den Universitäten Dortmund und Bremen sind nur bescheiden ausgestattet. Die Abteilung Geschichte des Osteuropainstituts der Freien Universität Berlin mit ihren Möglichkeiten zur breiten interdisziplinären Zusammenarbeit stellt ihrerseits die Geschichte Rußlands bzw. der Sowjetunion in den Vordergrund.

---

[1] Vgl. Antworten der Hochschulen auf Fragen des Wissenschaftsrates sowie Oberländer, Erwin (Hrsg.): a.a.O., S. 37-236

II. Allgemeine Gesichtspunkte

Bei der Prüfung der Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung durch Bund und Länder (u.a. überregionale Bedeutung und ein gesamtstaatliches wissenschaftspolitisches Interesse (vgl. Vorbemerkung)) sind grundlegende wissenschafts- und forschungspolitischen Prinzipien und Anforderungen und - zum Teil daraus abzuleitende - spezielle Gesichtspunkte zu berücksichtigen[1].

Leitendes Prinzip für die Förderung dieser Einrichtungen ist die Subsidiarität außeruniversitärer Forschung[2]. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates sind die Hochschulen die wichtigsten Stätten der Forschung. Die Förderung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist insbesondere nur dann zu befürworten, wenn diese nachweisen können, daß ihre wissenschaftliche Arbeit in dem notwendigen Umfang und der damit bewirkten bzw. intendierten Qualität nicht an Hochschulen ausgeführt werden kann und daß alle wesentlichen Forschungsaktivitäten auf ein übergeordnetes fachwissenschaftliches Thema ausgerichtet und sinnvoll aufeinander bezogen sind. Einrichtungen, die seit geraumer Zeit in bestimmten Arbeitsgebieten wissenschaftlich tätig sind, müssen ihre Forschungsleistungen an den Maßstäben messen lassen, die im Inland und im Ausland in der jeweiligen Disziplin als gültig anerkannt werden.

---

[1] Vgl. dazu Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Organisation, Planung und Förderung der Forschung. Köln 1975. S. 168ff.

[2] Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. Allgemeiner Teil. Köln 27.9.1991. Drs. 400/91. S. 10ff. und Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Großforschungseinrichtungen und Hochschulen. Köln 1991, insbes. S.7-27 und S.42-48.

Die Beantwortung der Frage, ob wissenschaftliche Einrichtungen im außeruniversitären Bereich gefördert werden sollen, ist - bezogen auf alle wissenschaftlichen Disziplinen - von vielfältigen Erwägungen und insbesondere von den Gegebenheiten und apparativen Erfordernissen in den einzelnen Fächern abhängig. In den Geisteswissenschaften können vor allem folgende Gründe für eine Förderung außeruniversitärer Einrichtungen geltend gemacht werden:

- Wahrnehmung langfristiger Forschungsaufgaben, für die eine Kontinuität der Bearbeitung gesichert werden muß;

- umfangreiche Materialsammlungen oder Dokumentationen sowie wissenschaftliche Serviceaufgaben, die dauerhaft auch von externen Wissenschaftlern in Anspruch genommen werden (können);

- Aufbereitung von Forschungsergebnissen zur Verwendung in der Praxis (u.a. zu Zwecken der Politikberatung);

- überregionale Bedeutung der Gegenstände und Themen der Forschungsvorhaben.

Im Blick auf die Historische Kommission zu Berlin und den Herder-Forschungsrat waren zudem - aufgrund des verschiedenartigen Charakters der Einrichtungen - mit unterschiedlichem Gewicht folgende Gesichtspunkte im einzelnen zu betrachten:

- "Kritische Masse": Innerhalb der Einrichtung müssen die den Vorhaben entsprechenden personellen Kapazitäten grundsätzlich vorhanden sein und in einem angemessenen Verhältnis zu den Arbeitsschwerpunkten stehen (Konzentration von Kräften mit aufgabenspezifischer Qualifikation, die andernorts nicht gegeben ist, ausgewogene Repräsentanz von (Teil-)Disziplinen oder besondere interdisziplinäre Konstellationen, "Koordination der Vielfalt" etc.).

Bei geplanten Schwerpunktbildungen ist der Nachweis zu führen, daß zumindest eine Konzentration von qualifizierten und ausgewiesenen Wissenschaftlern den Ansatzpunkt für eine zu intensivierende, projektbezogene oder institutionelle Förderung bilden kann.

- Kohärenz des Arbeitsprogramms: Die Einrichtung muß eine schlüssige Konzeption vorweisen, aus der - bezogen auf Gegenstand und Thema - eine sinnvolle Gewichtung der Arbeitsschwerpunkte und eine fachlich begründete Verknüpfung der Projekte erkennbar ist. Die geplanten Vorhaben sollen in thematischer und zeitlicher Hinsicht bewältigt werden können.

- Kooperative Arbeitsformen: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen müssen - etwa durch gemeinsame Berufungen und andere Formen enger personeller Verflechtungen - eine intensive Zusammenarbeit mit Hochschulen pflegen.

- Internationale Kooperation: Darüber hinaus ist - insbesondere wenn mit dem Forschungsgegenstand internationale, in den vorliegenden Fällen: vor allem europäische Bezüge gegeben sind - eine Zusammenarbeit mit ausländischen Wissenschaftlern anzustreben.

B. Zur Historischen Kommission zu Berlin

B. I. Ausgangslage

I.1. Aufgaben und Organisation

Die Historische Kommission zu Berlin wurde 1959 als "Berliner Historische Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin" mit zunächst stadt- und landesgeschichtlichen Aufgaben gegründet. Sie hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Hauptzuwendungsgeber ist das Land Berlin.

Die Historische Kommission versteht sich als ein "Forschungsinstitut für Geschichte"[1]. Sie ist ihrem Charakter nach eine Gelehrtengesellschaft, und sie unterhält eine Forschungsstelle. Die Historische Kommission "bezweckt die Förderung der historischen Wissenschaften und zwar in Form von wissenschaftlichen Arbeiten sowie deren Veröffentlichung". In ihrer landesgeschichtlichen Forschung will sie "auch die Aufgaben der ehemaligen 'Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin' fortführen".[2] Nach Darstellung der Historischen Kommission werden die meisten Forschungsprojekte innerhalb ihrer Einrichtung selbst vorangetrieben; dies schließt die Einwerbung von erforderlichen Drittmitteln, die Durchführung der Arbeiten und die Verantwortung für die Veröffentlichung der Ergebnisse ein.

---

[1] Historische Kommission zu Berlin: Forschungskonzept. Bericht über laufende und geplante Forschungsvorhaben. Berlin 1986. S. 5.

[2] § 2 der Satzung in der Neufassung vom 12. November 1984.

Die Mitglieder der Kommission, die in der Regel Hochschullehrer sind, regen die Aufnahme einschlägiger Forschungsprojekte an. Diese werden dann in Sektionen als satzungsgemäßen Trägern der Forschungsarbeiten bearbeitet. Notwendige Serviceaufgaben (Lektorat, Satzabteilung, Kartographie; Konsultationsbüro) werden überwiegend von Mitarbeitern der Forschungsstelle übernommen, die ihrerseits - entsprechend dem Aufgabenprofil ihrer Stelle - auch eigene Forschungsvorhaben bearbeiten können. In den Bereich der Forschungsförderung fallen das Stipendienprogramm der Historischen Kommission sowie die Betreuung einzelner wissenschaftlicher Projekte, sei es in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder in Form solcher Vorhaben, die innerhalb der Universität nicht verfolgt werden können.

Die gegenwärtig zentralen Forschungsschwerpunkte

- Berlin und Brandenburg im historisch-politischen Umfeld,

- Preußen und seine Nachbarn sowie

- Deutsche und europäische Fragen,

die in ihren wechselseitigen Bezügen wie ein System "konzentrischer Kreise" aufgefaßt werden, knüpfen vielfach an die traditionellen stadt- und landesgeschichtliche Fragestellungen an und führen zugleich deutlich über sie hinaus. Das Interesse gilt insbesondere den politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen Preußens zu seinen Nachbarn (speziell seinem Verhältnis zu Polen und zu Frankreich), sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragen (Minderheiten, die innere Modernisierung Preußens und seiner Hauptstadt, Entstehung und Tätigkeit der Arbeiterbewegung) und schließlich der Erforschung der Geschichte Berlins im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen.

Forschungsprojekte der Historischen Kommission im Horizont dieser Themenbereiche werden gegenwärtig in folgenden Sektionen bearbeitet[1]:

- Brandenburgisch-preußische Landesgeschichte (seit 1959),
- Geschichte Berlins (seit 1981),
- Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen (seit 1973), nunmehr unter dem Namen "Deutschland und das östliche Europa" (seit 1992),
- Deutsch-jüdische Geschichte (eigenständige Sektion seit 1982, mit "Kulturgeschichte" in einer gemeinsamen Sektion seit 1961)
- Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen (seit 1987),
- Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neueren und Neuesten Zeit (seit 1959),
- Geschichte der Arbeiterbewegung (seit 1959),
- Kulturgeschichte (seit 1961).

Ein Koordinierungsbeirat für Preußenforschung nimmt zudem sektionsübergreifende Aufgaben wahr. Die Zahl der Sektionen und Beiräte ist nicht festgelegt. Mitglieder der Historischen Kommission können mehreren Sektionen angehören. Die Mitarbeit von Nichtmitgliedern wird über Sektionsberater ermöglicht.

---

[1] Die Angaben in Klammern beziehen sich auf den Zeitpunkt der Einrichtung der Sektion.

Organe der Historischen Kommission sind die Mitgliederversammlung, der Vorsitzende, der Vorstand, die Sektionen und Koordinierungsbeiräte.

Der Historischen Kommission gehören 53 Ordentliche Mitglieder, 4 Ehrenmitglieder und 10 Korrespondierende Mitglieder an; 11 Mitglieder sind emeritiert (Stand: April 1992). Laut Satzung soll die Zahl der Ordentlichen Mitglieder nicht mehr als 70, die der Korrespondierenden Mitglieder nicht mehr als 20 betragen. Als oberstes Organ nimmt die Mitgliederversammlung u.a. folgende Aufgaben wahr: Festlegung der allgemeinen Richtlinien für die wissenschaftliche Arbeit, Entscheidung über die Aufnahme neuer Vorhaben, Wahl oder Bestätigung der vom Vorstand eingesetzten Betreuer der Forschungs- und Publikationsvorhaben, Beschluß über Grundsatzangelegenheiten des Konsultationsprogramms sowie über die Bildung und Auflösung von Sektionen und sektionsübergreifenden Koordinierungsbeiräten und schließlich Wahl des Vorsitzenden und des Vorstands. Sie tritt in der Regel einmal im Jahr zusammen.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung in der Regel auf vier Jahre gewählt und besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister und seinem Stellvertreter, den (bis zu vier) Beisitzern, den Sektionsleitern sowie den Leitern der sektionsübergreifenden Koordinierungsbeiräte.

Der Vorsitzende leitet den Verein im Rahmen der Richtlinien der Mitgliederversammlung und der Beschlüsse des Vorstandes. Er ist weisungsbefugt gegenüber den Mitarbeitern der Forschungsstelle.

Ein in der Satzung (§ 11) vorgesehenes Kuratorium besteht nicht. Es soll im Falle einer Aufnahme in die gemeinsame Förderung von Bund und Land eingerichtet werden.

Das Gesamtvolumen des Haushalts betrug 1991 3,8 Mio. DM. Der Anteil der eingeworbenen Drittmittel betrug in den zurückliegenden 5 Jahren:

1991	DM	1.390.000,00 (Ansatz)
1990	DM	1.112.497,58
1989	DM	1.294.724,98
1988	DM	1.203.528,10
1987	DM	2.035.305,18

Der Stellenplan der Forschungsstelle weist für 1991 25 Mitarbeiter, darunter 14 wissenschaftliche Mitarbeiter (zum Teil mit 1/2- oder 2/3-Stellen) einschließlich der Stellen für einen Kartographen, einen Lektor und zwei Redakteure aus.

Im September 1991 waren die Stellen (einschließlich befristeter ABM- und Drittmittel-Arbeitsverhältnisse) innerhalb der Einrichtungen der Historischen Kommission in folgender Weise besetzt:

Übersicht 2

Einrichtungen (Abteilungen, Sektionen etc.)	Mitarbeiter			Insg.
	Planstellen[1]	Drittmittel	ABM	
1. Geschäftsführung und Sekretariate	4		1	5
Verwaltung	3			3
2. Sektionen				
- Geschichte Berlins	0,6	1	4	5,6
- Brandenburgisch-preußische Landesgeschichte				
- Geschichte der deutsch-poln. Beziehungen	2	1		3
- Deutsch-jüdische Geschichte	1	0,6		1,6
- Kulturgeschichte			4	4
- Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen				
- Sozial- und Wirtschaftsg.	1,5	1,5		3
- Geschichte der Arbeiterbewegung u. IWK-Redaktion	2,5		1	3,5
3. Gemeinsame Einrichtungen				
- Bibliothek	1,5		1	2,5
- Jahrbuch-Redaktion	1,5			1,5
- Kartographie	1	1	1	3
- Lektorat	1	1		2
- Konsultationsbüro	0,5			0,5
4. Sonstige				
- Konsultationsprogramm	1			1
- Beirat für Preußen-Forschung	0,5			0,5
Summe	21,6	6,1	12	39,7

[1] Ein Teil der Planstellen ist mit Mitarbeitern mit befristeten Arbeitsverträgen besetzt.

Gegenwärtig wird von der Historischen Kommission zu Berlin zusätzlich eine Reihe von Wissenschaftlern u.a. aus den drei aufgelösten historischen Instituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR betreut:

Übersicht 3

Arbeitsbereich	Wissen-schaft-ler	Nicht-wiss. Mitarb.	gefördert durch
Sozialgeschichte Preußens im späten 18. und frühen 19. Jh.	3 1		KAI e.V. ABM
Edition der Protokolle des Preußischen Staatsministeriums	1 4	 2	KAI e.V. ABM
Mitarbeiter in Sektionen:			
- zu Themen der Geschichte Berlins	29		ABM
- zu den deutsch-russischen Beziehungen	2		ABM
- zur Universitäts- und Kulturgeschichte	2		ABM
Summe	42	2	

Stand: Februar 1992

I.2 Forschungsschwerpunkte und Arbeitsbereiche

Nach Auffassung der Historischen Kommission bilden die als "konzentrische Kreise" gedachten Forschungsschwerpunkte "Berlin und Brandenburg im historisch-politischen Umfeld", "Preußen und seine Nachbarn" sowie "Deutsche und europäische Fragen" die "Beziehungsdimensionen"[1], innerhalb derer sich die preußische Geschichte erschließen läßt. Die wissenschaftlichen Arbeiten der Sektionen sind in der Regel

---

[1] Historische Kommission zu Berlin: Forschungskonzept. Bericht über laufende und geplante Forschungsvorhaben. Berlin 1986. S. 7

jeweils einem dieser Forschungsschwerpunkte zuzuordnen[1], wenngleich in thematischer und methodischer Hinsicht häufig Berührungspunkte zu den anderen Forschungsschwerpunkten bestehen. Eine gewisse Zuordnung der Sektionen zu den Forschungsschwerpunkten läßt sich in folgender Weise darstellen:

Forschungsschwerpunkte	Sektionen
- Berlin und Brandenburg im historisch-politischen Umfeld	- Geschichte Berlins - Brandenburgisch-preußische Landesgeschichte
- Preußen und seine Nachbarn	- Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen - Deutsch-jüdische Geschichte - Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen
- Deutsche und europäische Fragen	- Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neueren und Neuesten Zeit - Geschichte der Arbeiterbewegung - Kulturgeschichte

---

[1] Eine Ausnahme bildet etwa die Sektion Kulturgeschichte, die mit Teilen ihrer Vorhaben ("Geschichtslandschaft Berlin") dem Forschungsschwerpunkt "Berlin und Brandenburg im historisch-politischen Umfeld", in ihren allgemeinen Fragestellungen zugleich dem Forschungsschwerpunkt "Deutsche und europäische Fragen" zuzurechnen ist.

Die grundlegenden Aufgaben innerhalb der Forschungsschwerpunkte und die wissenschaftlichen Sektionen sind in folgender Weise zu charakterisieren:

(1) Berlin und Brandenburg im historisch-politischen Umfeld

Die stadt- bzw. landesgeschichtlichen Forschungen umfassen

a) die Geschichte der Stadt Berlin in ihrer kommunalen Entwicklung (als Hauptstadt im europäischen Vergleich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Funktionen, Geschichte der Assimilation und Integration von Fremden);

b) den historischen Kontext Berlins und des brandenburgischen Umlands (Geschichte der Mark Brandenburg, des brandenburgisch-preußischen bzw. des preußischen Staates bis 1945/47);

c) die Region Berlin-Brandenburg in der Epoche nach 1945 (Teilung Berlins, Trennung vom brandenburgischen Umland, Integration nach 1989).

Die Arbeiten der Sektion "Geschichte Berlins" konzentrieren sich über die genannten Aspekte hinaus auf die biographische Berlin-Forschung (Berlinische Lebensbilder, Berliner Biographisches Lexikon, Matrikel der Friedrich Wilhelms Universität), auf interdisziplinäre Vorhaben (Bau- und Kunstgeschichte) sowie auf Quellenpublikationen (Berlinisches Urkundenbuch).

Die Sektion "Brandenburgisch-preußische Landesgeschichte" nimmt in der Tradition der landeshistorischen Vereinigungen Aufgaben der Grundlagenforschung im Rahmen von Quelleneditionen, kartographischen Arbeiten und bibliographischen Vorhaben wahr.

(2) Preußen und seine Nachbarn

In diesem Forschungsschwerpunkt soll die Geschichte Preußens - als eine der zentralen Aufgaben der Historischen Kommission - vor allem unter der Perspektive der weiten nachbarschaftlichen Beziehungen und damit auch unter Einbeziehung der Sicht des Auslandes betrachtet werden. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund:

a) die "Modernität" Preußens im nachbarschaftlichen Umfeld Mittel- und Osteuropas (Rolle des preußischen Staates bzw. seiner gesellschaftlichen Schichten bei der Durchsetzung technischer Innovationen, Verhältnis zwischen dem Prozeß der Industrialisierung und der politischen Modernisierung);

b) rechts-, verfassungs- und militärgeschichtliche Entwicklungen;

c) Lebens- und Arbeitsbedingungen der Minderheiten in der Geschichte Preußens.

Die wissenschaftliche Arbeit der Sektion "Deutsch-jüdische Geschichte" konzentriert sich - in Kooperation mit einschlägigen Forschungseinrichtungen in Polen, Israel, den USA sowie in der Bundesrepublik Deutschland - auf die Geschichte der Juden und ihrer Lebensbedingungen in den mittleren und östlichen Provinzen Preußens bzw. in Ostmitteleuropa. Die "Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen" wird als eines der drei großen Wirkungsfelder der Geschichte Preußens bearbeitet. Ein besonderes Anliegen dieser Sektion ist die Kooperation und Kommunikation mit Geschichtswissenschaftlern in Ostmitteleuropa. Komplementär zu den Aufgaben dieser Sektion soll die Sektion "Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen" die historische Dimension der Beziehungen Preußen/Deutschlands zu Frankreich erforschen.

Sektionsübergreifend hat der "Koordinierungsbeirat für Preußenforschung" in den zurückliegenden Jahren vor allem Beiträge zu Themen der preußischen Rezeptions-, Mentalitäts- und Beziehungsgeschichte, zur preußischen Schul- und Bildungsgeschichte und zur preußischen Historiographie vorgelegt. Besondere Bedeutung mißt die Historische Kommission drei Projekten des Koordinierungsbeirates bei: einer Anthologie zur modernen preußischen Geschichte 1648-1947, einem Handbuch der preußischen Geschichte (in drei Bänden) und einem Kartenwerk zur preußischen Geschichte, das Themen aus mehreren Sektionen aufnehmen soll.

(3) Deutsche und europäische Fragen

In diesem Forschungsschwerpunkt sollen zentrale Probleme der deutschen und außerdeutschen Wirkungen Preußens auf dem Weg zur industriellen Gesellschaft exemplarisch aufgegriffen werden. Bei der Untersuchung der Aspekte der wachsenden Verflechtung des Raumes Berlin/Brandenburg/Preußen mit deutschen Ländern und mit Europa geht es vor allem um

a) die universellen Auswirkungen der industriellen Welt auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten oder Klassen sowie auf die Staaten selbst;

b) Fragen der Migration, der sozialen Mobilität und des Wissenstransfers;

c) Probleme der politischen Bewußtseinsbildung und der poltischen Partizipation;

d) Untersuchungen zur Inflations- und Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert;

e) Untersuchungen zu den Organisationsproblemen und politischen Konflikten der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert.

Eine Reihe dieser Fragen wird in der Sektion "Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neueren und Neuesten Zeit" bearbeitet, die sich - neben der Geschichte der Industrialisierung oder der demokratischen Bewegungen in Mitteleuropa - seit den 80er Jahren insbesondere der Forschung zur Inflation und zum Wiederaufbau in Deutschland und in Europa in den Jahren 1914-1924 und der Sozialgeschichte des deutschen Bürgertums widmet. Die Schwerpunkte der Sektion "Geschichte der Arbeiterbewegung" liegen auf den Gebieten der Gewerkschaftsgeschichte und der international vergleichenden Organisationsgeschichte. In einem weiteren Sinne sind auch die Arbeiten der Sektion "Kulturgeschichte" dem Forschungsschwerpunkt "Deutsche und europäische Fragen" zuzurechnen, da diese die Wirkungsgeschichte kultureller Aktivitäten erforscht (u.a. Aufklärungsphilosophie und ihre Träger, die Salons und ihre Gäste, Pressewesen des 19. Jahrhunderts, Theatergeschichte, (Industrie)-Architektur).

I.3 Bibliothek und Archiv

Die Bibliothek der Forschungsstelle verfügt gegenwärtig über etwa 60.000 Titel, darunter vor allem Nachschlagewerke, Handbücher sowie Zeitschriften und Spezialliteratur. 1991 hat die Historische Kommission die Bibliothek des ehemaligen Ministerrats der DDR (mit Ausnahme der juristischen Werke) im Umfang von ca. 3.800 Bänden übernommen. Aus Sicht der Historischen Kommission entspricht die Ausstattung von Bibliothek und Archiv insgesamt nicht den Aufgaben der Forschungsstelle.

Die Bibliothek ist in den 70er Jahren öffentlich zugänglich gemacht und an die Gesamtkataloge und die Fernleihe angeschlossen worden. Sie unterstützt die Entleihe und Fernleihe insbesondere bei ausländischen Gästen und Partnern. Ende der 80er Jahre - bis 1987 waren die Nutzer zu etwa 80%

Mitarbeiter der Historischen Kommission - hat sich der Nutzerkreis ausgeweitet. Eine weitere Zunahme der Fremdbenutzung wird erwartet, da z.B. Zeitschriften nunmehr über Mikrofiche für Nutzer besser erschlossen sind.

Das Archiv der Historischen Kommission umfaßt im wesentlichen zwei Gruppen von Beständen:

a) den Bestand des August-Bebel-Instituts in drei Abteilungen (Frühzeit der Arbeiterbewegung, Restakten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vornehmlich aus der Zeit der Weimarar Republik, Akten zur Geschichte der Berliner SPD nach 1945). Die Historische Kommission verwahrt diese Akten und betreut deren Benutzer.
b) Eigene Archivalien (überwiegend Nachlässe).

I.4 Veröffentlichungen, Tagungen, Zusammenarbeit

Die Historische Kommission gibt zwei Zeitschriften heraus:

- das Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, und

- die Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (4 Hefte im Jahr).

In den monographischen Veröffentlichungen der Historischen Kommission erscheinen in erster Linie die in den Sektionen erzielten Forschungsergebnisse, daneben aber auch solche, die außerhalb der Arbeit der Kommission entstanden sind. Innerhalb der Sektionen sind - über monographische Darstellungen oder Einzelveröffentlichungen hinausgehend und aufbauend vor allem auf mittel- und langfristig angelegten

Forschungsprojekten - mehrere Publikationsreihen eingerichtet worden (so etwa "Geschichtslandschaft Berlin" oder "Berlinische Lebensbilder").

Eine Auswertung der eingereichten Unterlagen der Historischen Kommission ergibt folgendes Bild ihrer allgemeinen Publikationstätigkeit in den Jahren 1985-1990:

- In einer Reihe von Sektionen bzw. Arbeitsbereichen ist vor allem eine kontinuierliche Herausgeberschaft von Monographien, Sammelwerken, Tätigkeitsberichten durch Mitglieder der Historischen Kommission zu verzeichnen (38).

- Ebenfalls recht hoch ist der Anteil der von externen Wissenschaftlern und Autoren geleisteten Beiträge (20 Einzelveröffentlichungen (ohne Aufsätze) sowie 10 Mit-Herausgeber)

- Die publizistischen Tätigkeiten von insgesamt 14 Mitarbeitern der Historischen Kommission (als wissenschaftliche Mitarbeiter der Forschungsstelle) umfassen in diesem Zeitraum[1]:

  o 11 Monographien (8 Mitarbeiter, in 3 Fällen jeweils 2 Veröffentlichungen),
  o 71 Aufsätze (13 Mitarbeiter, davon entfallen auf 5 Mitarbeiter 54 Aufsätze),
  o 14 Herausgeberschaften (4 Mitarbeiter, davon entfallen 8 auf 1 Mitarbeiter) sowie
  o 99 Lexikonartikel (5 Mitarbeiter, davon 1 Mitarbeiter 64 Beiträge).

---

[1] Die Mitarbeiter haben zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihre Arbeit bei der Historischen Kommission aufgenommen: 6 seit 1985, 4 seit 1986, 3 seit 1989, 1 seit 1990.

Die Historische Kommission macht geltend, daß vier der im Grundetat der Forschungsstelle vorgesehenen Wissenschaftler (insgesamt 10 Wissenschaftlerstellen) in drei Fällen nur ein Drittel, in einem Fall nur ein Viertel der Arbeitszeit für wissenschaftliche Arbeiten verwenden können.

In den 80er Jahren ist die Historische Kommission auf vielfältige Weise, vor allem auch in publizistischer Hinsicht, in die Vorbereitung und Gestaltung von historischen Jubiläen, Gedenkveranstaltungen und entsprechenden Tagungen eingebunden worden. Im einzelnen handelt es sich um

- das Preußenjahr (1981),
- die fünfzigjährige Wiederkehr der "Machtergreifung" (1983),
- 40 Jahre 20. Juli 1944 (1984),
- 300 Jahre Potsdamer Edikt (1985),
- die 750-Jahrfeier Berlin (1987),
- die fünfzigjährige Wiederkehr des Pogroms vom 9. November 1938 (1988) und
- das Gedenken an die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs (1989).

Die Ausrichtung von wissenschaftlichen Tagungen, Forschungskolloquien und Fachgesprächen im "Mittelhof", dem Haus der Historischen Kommission, bildet - mit häufig bewußt in Grenzen gehaltenen Teilnehmerzahlen - einen weiteren Schwerpunkt der vielfach auf internationale Kooperation ausgerichteten Arbeit der Sektionen. Die multilaterale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird durch das Internationale Wissenschaftliche Konsultations-, Stipendien- und Austauschprogramm der Historischen Kommission und insbesondere durch die Kooperationsabkommen mit den Universitäten Stanford und Paris-Nanterre, mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften sowie mit weiteren auswärtigen Einrichtungen in erheblicher Weise gefördert. Nach Darstellung der Historischen Kommission hat sie im Rahmen dieser Kontakte

wesentlich häufiger als Gastgeber auftreten können als ihre Partnerinstitutionen. Für polnische Stipendiaten etwa hat die Historische Kommission 19 Workshops veranstaltet. Insgesamt fanden zwischen 1980 und 1989 74 Tagungen, Kolloquien und Arbeitsgespräche überwiegend in Kooperation mit anderen Institutionen, aber unter Federführung der Historischen Kommission statt. Im Jahre 1990 hielten sich 34 ausländische Forschungsgäste der Historischen Kommission in Berlin auf; die Gesamtaufenthaltdauer betrug 32 Monate. Zwischen 1985 und 1990 haben 13 Mitarbeiter der Forschungsstelle an insgesamt 93 wissenschaftlichen und anderen Fachtagungen im In- und Ausland teilgenommen. 5 Mitarbeiter wurden in 61 Fällen auf Kosten der Veranstalter eingeladen (davon 1 Mitarbeiter bei 31, ein weiterer bei 16 Tagungen). 4 weitere Mitarbeiter nahmen an 22 Tagungen teil, für die die Kosten ganz oder teilweise übernommen wurden.

Die Historische Kommission wirkt(e) u.a. in folgenden internationalen Forschungsprojekten mit:

- Inflation und Wiederaufbau in Europa 1914-1924 (Sektion Sozial- und Wirtschaftsgeschichte);

- Forschung zum Ende Preußens in polnischer Sicht (Sektion für die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen);

- Adel im europäischen Vergleich (Projekt des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte);

- Bürgertum in Ostmitteleuropa (federführend: Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZIF), Bielefeld);

- Geschichte der Juden im deutschsprachigen Mitteleuropa seit dem 17. Jahrhundert (Projekt des Leo-Baeck-Instituts; Sektion für deutsch-jüdische Geschichte).

B.II. Stellungnahme

II.1. Zur wissenschaftlichen Bedeutung und zur Struktur der Forschungseinrichtung

Die Historische Kommission zu Berlin hat sich in der Verbindung von Gelehrtengesellschaft und Forschungsstelle zu einer größeren außeruniversitären historischen Forschungseinrichtung entwickelt, die enge personelle Verflechtungen vor allem mit Berliner Hochschulen (Freie Universität und Technische Universität) aufweist und deren Standort die Wahl der Forschungsgegenstände und -themen stets entscheidend geprägt hat. Die drei zur Zeit wesentlichen Forschungsschwerpunkte sind wie folgt einzuordnen:

(1) Die stadt- und landesgeschichtliche Forschung und die Forschung zur preußischen Geschichte nehmen traditionell eine zentrale Stellung im Aufgabenspektrum der Historischen Kommission zu Berlin ein. Zu den Beiträgen der Sektion "Brandenburgisch-preußische Landesgeschichte" und der 1981 aus ihr hervorgegangenen Sektion "Geschichte Berlins" zählen neben Bibliographien und Kartenwerken auch Quellenediitionen sowie biographische und prosopographische Arbeiten und schließlich Darstellungen zur Verwaltungsgeschichte Berlins. Herausragende Publikationen zur Geschichte Preußens - sofern sie nicht unter beziehungsgeschichtlichen Vorzeichen stehen (s. (2)) - befassen sich u.a. mit der revolutionären und nachrevolutionären Epoche Preußens im 19. Jahrhundert oder, etwa in Verbindung mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen, mit der Wirtschafts- und Technikgeschichte Preußens.

(2) Anläßlich der Einrichtung der Sektion "Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen" zu Beginn der 70er Jahre ist der in Teilbereichen durchaus erfolgreiche Versuch unternommen worden, ein beziehungsgeschichtliches Konzept preußischer Geschichte zu entwickeln, in welchem die internationalen - politischen, wirtschaftlichen und kulturellen - Beziehungen Preußens zu seinen Nachbarn auch "als Konstitutionsfaktoren der jeweiligen Nationalgeschichten verstanden werden."[1] Dieses Konzept ist am weitesten in dieser Sektion eingelöst worden, deren Mitglieder und Mitarbeiter sich zudem intensiv um Kooperation mit polnischen Historikern bemüht haben. Mit der Gründung der Sektion "Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen" verband sich 1987 die Erwartung, die beziehungsgeschichtlich orientierte Forschung ausweiten zu können. Dies ist u.a. auch wegen der sehr geringen Zahl von Mitgliedern und Mitarbeitern der Sektion noch nicht gelungen. Die relativ kleine Sektion "Deutsch-jüdische Geschichte" hat eine Reihe von Beiträgen zur Geschichte der Juden und ihrer Lebensbedingungen in den mittleren und östlichen Provinzen Preußens und in Ostmitteleuropa geliefert. In systematischer Hinsicht ist sie lediglich in Teilbereichen der Beziehungsgeschichte zuzuordnen. Insgesamt zeigt sich, daß der weitgefaßte und exponierte Forschungsschwerpunkt "Preußen und seine Nachbarn" von einer Sektion zwar erfolgreich, bezogen auf das Gesamtgebiet aber nur ausschnitthaft bearbeitet worden ist.

(3) Die Historische Kommission zu Berlin hat die Sektionen "Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neueren und Neuesten Zeit" und "Geschichte der Arbeiterbewegung" unter dem - wenig aussagekräftigen - Stichwort "Deutsche und europäische Fragen" subsumiert. Von der Sektion "Sozial- und

---

[1] Historische Kommission zu Berlin: Forschungskonzept. Bericht über laufende und geplante Vorhaben. Berlin 1986. S. 18

Wirtschaftsgeschichte" sind bedeutende Arbeiten etwa zur Inflationsforschung unter Anwendung moderner statistischer Methoden vorgelegt worden. Die Sektion "Geschichte der Arbeiterbewegung" hat in den zurückliegenden Jahren eine Reihe von wichtigen Quellen (Memoiren; Briefwechsel) veröffentlicht. Aufgrund jüngerer Entwicklungen in der Sektion ist eine Umorientierung der Forschung u.a. auf organisationssoziologische Fragestellungen und auf die Anwendung moderner, sozialwissenschaftlich-empirischer Verfahren zu erwarten.

Zur Unterstützung der Forschungsarbeiten der Sektionen und Beiräte hat die Historische Kommission mit ihrer Forschungsstelle bzw. den sog. "Gemeinsamen Einrichtungen" eine Infrastruktur sowohl für Forschungszwecke als auch für Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben geschaffen, die ein breites Leistungsspektrum umfaßt:

(1) Ein erheblicher Teil der unbefristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter der Forschungsstelle widmet sich ausschließlich oder überwiegend Tätigkeiten etwa im Bereich der Redaktion und des Lektorats; von großer Bedeutung sind auch Arbeiten im Bereich der Vorbereitung und Betreuung von Forschungsprojekten ("Forschungsmanagement"). Die große Zahl von über Drittmittel finanzierten Forschungsprojekten, die bei der Historischen Kommission zu Berlin etwa 30 % der Gesamteinnahmen ausmachen, ist entsprechend nicht zuletzt auf die effektiven Dienstleistungen der Forschungsstelle (von der Antragstellung bis zur Präsentation der Forschungsergebnisse) zurückzuführen. Aus Sicht maßgeblicher Wissenschaftler der Historischen Kommission sichert gerade diese bewährte Arbeitsteilung - in Forschung von Mitgliedern und Dienstleistungen von Mitarbeitern - deutliche Vorteile gegenüber einer Durchführung von Forschungsprojekten an Hochschulen.

(2) Die erfolgreiche Verknüpfung von Forschungsaktivitäten mit wissenschaftlichen Dienstleistungen spiegelt sich ferner nicht nur in den (häufig internationalen) fachwissenschaftlichen Veranstaltungen, sondern auch in den zahlreichen Beiträgen zu bzw. in der Ausrichtung von historischen Jubiläen und Gedenktagen mit ausgeprägter Öffentlichkeitswirkung.

(3) Eine intensive Förderung internationaler Kooperationen erfolgt durch das Konsultationsprogramm, mit dem traditionell Austauschbeziehungen vor allem mit Frankreich und Polen, USA und Kanada sowie mit der Sowjetunion gepflegt werden (31 Konsultationsgäste in 1991).

Das nationale und zum Teil auch internationale Ansehen der Historischen Kommission zu Berlin ist in erster Linie auf die von ihr veranstalteten Tagungen und Kolloquien und die entsprechenden Veröffentlichungen sowie auf die langjährige Förderung bi- und multilateraler Kooperationen mit ausländischen, insbesondere auch osteuropäischen Wissenschaftlern zurückzuführen. Im Blick sowohl auf a) die Kontinuität der wissenschaftlichen Leistung (Publikationen) als auch b) die Realisierung des Forschungskonzepts sind neben herausragenden einzelnen Leistungen allerdings auch deutliche Defizite zu erkennen.

a) Die Leistungen der Historischen Kommission in der Veröffentlichung von Monographien, von Sammelpublikationen (vor allem im Zusammenhang mit den genannten Tagungen) und in der Herausgabe von Zeitschriften sowie im Bereich der Kartographie sind insgesamt positiv zu bewerten. So sind auch in jüngster Zeit Monographien zur brandenburgischen und preußischen Geschichte vorgelegt worden, deren Verfasser überdies zum Teil dem engeren Umkreis der Kommissionsmitglieder zuzuordnen sind. Die Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbe-

wegung (IWK) gilt für die auf diesem Gebiet tätigen Forscher als unverzichtbares Publikationsorgan. Das Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands hat in der Vergangenheit wertvolle Informations- und Vermittlungsdienste überwiegend für osteuropäische Wissenschaftler geleistet, denen der Zugriff auf westliche Forschungsliteratur und der Zugang zu westlichen Bibliotheken weitgehend verwehrt war. Da die Nachfrage nach den Leistungen des Jahrbuchs in der Bundesrepublik Deutschland stets deutlich geringer war, ist bei der Fortführung des Jahrbuchs zu beachten, in welcher Weise - aufgrund der eingetretenen Freizügigkeit in Europa - sich der Bedarf des bisher vorhandenen, internationalen Nutzerkreises mittelfristig entwickeln wird. Unter den kartographischen Arbeiten haben etwa der Historische Handatlas von Brandenburg und Berlin sowie das Kartenwerk zur Preußischen Geschichte wesentliche Beiträge für die Landesgeschichte geleistet.

Defizite sind in der Veröffentlichung von Quellen-Editionen und in der Herausgabe des Handbuchs zur preußischen Geschichte festzustellen. Die Vorbereitung und Veröffentlichung von Quellen-Editionen kann als eine wesentliche Aufgabe Historischer Kommissionen angesehen werden. In dieser Hinsicht ist insgesamt sowohl eine geringe Ausbeute als auch ein durchgängiger Mangel an langfristiger Planung zu erkennen, über die auch einzelne gelungene Editionen nicht hinwegtäuschen können.[1] Dabei ist zu berücksichtigen, daß Quellenbestände zur brandenburgisch-preußischen Geschichte, die einer Durchsicht und Edition bedürfen, bereits vor der Einheit Deutschlands in hinreichendem Umfang in westlichen Archiven zugänglich waren. Im Vergleich mit anderen Historischen Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland fällt der geringe Umfang von Drittmitteleinwerbungen für langfristige Quellenerschließungen auf. Schließlich erscheint weder die Planung noch die schon mehrfach angekündigte Drucklegung eines Teils des Handbuchs zur preußischen

---

[1] Insbesondere die Ergänzungsbände der "Acta Borussica" und die Quellen-Edition der Prittwitz-Papiere.

Geschichte überzeugend. Aufgrund konzeptioneller Schwächen und der langwierigen Vorarbeiten ist zu befürchten, daß sich der zur Herausgabe vorgesehene zweite Band (als erste Veröffentlichung des dreibändigen Handbuchs) vornehmlich aus wissenschaftlich überholten Beiträgen zusammensetzen wird.

b) Die Historische Kommission zu Berlin hat sich bereits Mitte der 80er Jahre bemüht, ein Forschungskonzept mit einem deutlichen Schwerpunkt ("Preußen und seine Nachbarn") vorzulegen. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist es der Historischen Kommission zu Berlin jedoch nicht gelungen, die vorhandenen Forschungsansätze und -schwerpunkte zu einem kohärenten Forschungsprofil zusammenzufügen. Dies ist auf folgende Entwicklungen und Ursachen zurückzuführen:

(1) Die Historische Kommission zu Berlin ist aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin hervorgegangen. Trotz einer frühen institutionellen Lösung von der Hochschule ist die Historische Kommission weitgehend eine Vereinigung derzeitiger und ehemaliger Berliner Historiker und Hochschullehrer geblieben, die - unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit - einen jeweils unterschiedlich großen Teil ihrer Forschung im Rahmen dieser außeruniversitären Einrichtung betreiben. Dabei haben die Projekte und Vorhaben grundsätzlich den Charakter und die Vielfalt der Hochschulforschung bewahrt. Die - bezogen auf das Kohärenzkriterium - heterogenen Arbeitsschwerpunkte repräsentieren analog zur Forschung in den Hochschulen zahlreiche und untereinander (methodisch oder gegenstandsbezogen) nur gelegentlich verschränkte Arbeitsgebiete der modernen Geschichtsforschung (Stadt- und Landesgeschichte; Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Geschichte der Arbeiterbewegung; Kunst-, Musik- und Kulturgeschichte; Minderheitenforschung; Beziehungsgeschichte). Der Mangel an Kohärenz wird auch durch ein - im Vergleich von Größe und Leistungsfähigkeit - unterschiedliches Leistungsprofil der einzelnen Sektionen hervorgerufen.

(2) Aus der Sicht der Mitglieder, insbesondere der Sektionsleiter der Historischen Kommission zu Berlin, bietet diese außeruniversitäre Forschungseinrichtung im Vergleich mit der Hochschule günstigere Bedingungen zur Verfolgung kontinuierlicher, durch wissenschaftliche Dienstleistungen unterstützter Forschungsprojekte. Das Interesse eines Teils der maßgeblichen Wissenschaftler an der Erhaltung dieser "pluralen" Strukturen ist offenkundig stärker als die Absicht, ein Institut auf der Grundlage einer geschlossenen Forschungskonzeption (mit nach innen bindender Wirkung) und mit überregionalem Charakter zu errichten.

(3) Grundsätzlich scheinen sich selbst stadt- bzw. landesgeschichtliche Forschung auf der einen und beziehungsgeschichtliche Forschung auf der anderen Seite nicht oder nur bedingt in einem kohärenten und tragfähigen Forschungskonzept zusammenführen zu lassen. Die einschlägige Forschung im Arbeitsbereich "Preußen und seine Nachbarn" konzentriert sich vor allem auf die Geschichte der internationalen Beziehungen, zumal zwischen Preußen und Polen. Es handelt sich also um Fragestellungen, die zwar ihrerseits auch auf Ergebnisse stadt- und landesgeschichtlicher Forschung zurückgreifen, diese dann aber aus systematischen Gründen in Beziehung zu anderen Landes- bzw. National-Geschichten setzen müssen - ohne daß sich darin die beziehungsgeschichtliche Forschung erschöpfte. Die Stadt- und Landesgeschichte Berlins und Brandenburgs umfaßt dagegen primär die "innere" Geschichte dieser Regionen. Bisher sind keine Ansatzpunkte in der Historischen Kommission zu Berlin zu erkennen, landesgeschichtliche und beziehungsgeschichtliche Vorhaben und Fragestellungen gezielt miteinander zu verknüpfen. Das von einem Mitglied der Historischen Kommission vorgelegte Konzept einer nunmehr neu in Angriff zu nehmenden Berliner und Brandenburger "Landesgeschichte als

geschichtliche Landesforschung"[1], deren Zukunftsaufgaben als ebenso umfassend[2] wie defizitär beschrieben werden, zielt vielmehr zunächst auf eine spezifische "Historie der Landesstaaten" Berlin und Brandenburg "mit ihrem unverwechselbaren Gepräge"[3].

Der Wissenschaftsrat hält die Historische Kommission zu Berlin nicht für die Aufnahme in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern geeignet. Die heterogenen Arbeitsschwerpunkte und das vorgelegte Forschungskonzept weisen hinsichtlich der Anforderungen des Kohärenzkriteriums deutliche Mängel auf. Eine überregionale Bedeutung der Historischen Kommission zu Berlin als außeruniversitäre Forschungseinrichtung ist - bezogen auf die Gesamtheit der bestehenden Schwerpunkte und geplanten Vorhaben - nicht gegeben.

In Anbetracht der durchaus vorhandenen wissenschaftlichen Leistungen einzelner Sektionen und Forschergruppen sind vielmehr forschungs- und förderungspolitisch differenzierte Empfehlungen auszusprechen, die in den folgenden Abschnitten im einzelnen dargelegt werden.

---

1) Vgl. Gerd Heinrich: Landesgeschichtliche Arbeiten und Aufgaben in Berlin-Brandenburg. Rückblicke und Ausblikke. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 39 (1990), S. 1-42, hier S. 41.

2) Der Aufgaben- bzw. Themenkatalog umfaßt u.a.: Siedlungsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Industriegeschichte, Landwirtschaft, Kulturgeschichte, Sozialgeschichte und Familiengeschichte, Biographien und Lebensbilder, Berlin als "Zentrallandschaft", Militärgeschichte, Provinz Brandenburg 1933-1945, Kunst und Denkmalpflege, Bevölkerung. Vgl. ebda. S. 24ff.

3) Ebd. S. 1.

II.2. Zur künftigen Forschungstätigkeit und ihrer Trägerschaft

Aufgrund der Verschiedenartigkeit und zum Teil auch Unvereinbarkeit der Ansätze und Forschungsschwerpunkte der Historischen Kommission zu Berlin empfiehlt der Wissenschaftsrat folgende Neuordnung der Forschungs- und Förderungsstrukturen:

(1) Die Historische Kommission zu Berlin sollte sich künftig auf stadt- und landesgeschichtliche Forschung, die traditionell Hauptaufgabe Historischer Kommissionen in Deutschland ist, konzentrieren. Wesentliche Teile der Historischen Kommission zu Berlin (die Sektionen "Brandenburgisch-preußische Landesgeschichte" und "Geschichte Berlins") widmen sich bereits derartigen Forschungsaufgaben. Angesichts der durch die politischen Ereignisse nachhaltig veränderten Forschungsbedingungen sollte ein neues Konzept zur künftigen Organisation und Förderung stadt- und landesgeschichtlicher Forschung als zentraler Aufgabe der Historischen Kommission entwickelt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine bloße Fortführung bestehender Aktivitäten und Zielsetzungen angesichts der gegenwärtig begrenzten personellen Kapazitäten und der notwendigen konzeptionellen Weiterentwicklung nicht empfohlen werden kann. Die Förderung stadt- und landesgeschichtlicher Forschung fällt - wie bei allen vergleichbaren Historischen Kommissionen - in den Aufgabenbereich des Sitzlandes bzw. von Berlin und Brandenburg.

(2) Die Aufgaben der Sektionen, die keinen direkten oder erkennbaren Bezug zu stadt- und landesgeschichtlicher Forschung aufweisen, sollten in den umliegenden Hochschulen bzw. Universitäten fortgeführt werden. Dies betrifft vor allem die Sektionen "Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neueren und Neuesten Zeit", "Geschichte der Arbeiterbewe-

gung" sowie "Kulturgeschichte". Die Herausgabe der "Internationalen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)" sollte auch künftig gesichert werden. Gegenwärtig bearbeitete Projekte sollten in der angesprochenen Übergangsphase innerhalb des noch bestehenden institutionellen Rahmens zu Ende geführt werden. Neue Forschungsprojekte der genannten Sektionen sollten indessen innerhalb der Historischen Kommission weder beantragt noch aufgenommen werden.

(3) Zu dem in seinem Gegenstandsbereich sehr umfassenden Konzept einer beziehungsgeschichtlich und vergleichend arbeitenden Preußenforschung haben die Sektionen "Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen" und "Deutsch-jüdische Geschichte" - auch bezogen auf ihre eingegrenzten Forschungsschwerpunkte - bisher nur Einzelbeiträge geleistet, die sich auch aufgrund der gegebenen personellen Ressourcen auf Teilbereiche geschichtswissenschaftlicher Forschung (vornehmlich sozial-, mentalitäts- und ideologiegeschichtliche Fragen sowie solche der außenpolitischen Beziehungen) beschränken. Der Wissenschaftsrat hält die Entwicklung eines Forschungsprogramms, das auf den Leistungen bzw. Zielsetzungen des Schwerpunktes "Preußen und seine Nachbarn" aufbaut, grundsätzlich für sinnvoll. Auch wenn wesentliche Anstöße dazu von Mitgliedern der Historischen Kommission, insbesondere der genannten Sektionen, stammen, ist es jedoch unumgänglich, daß eine umfassende Konzeption von einer Gruppe, in der einschlägig ausgewiesene deutsche und ausländische Wissenschaftler repräsentiert sein müssen, entwickelt wird.

Eine solche Konzeption, die dann dem Wissenschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden könnte, müßte folgende Gesichtspunkte beachten:

- Eine Konzeption der preußischen Geschichte, deren Anfänge bereits in die 70er Jahre zurückreichen, sollte die Vielfalt der Methoden und der Teildisziplinen der modernen

geschichtswissenschaftlichen Forschung angemessen berücksichtigen. Der thematische Schwerpunkt "Preußen und seine Nachbarn" muß zunächst insbesondere in seinem Gegenstandsbereich eine sinnvolle Erweiterung erfahren, um seinem umfassenden Anspruch gerecht werden zu können. Die wichtigsten Nachbarn Preußens und die das Staatensystem prägenden Mächte (Rußland, England, Frankreich, Österreich etc.) sowie die Anrainerstaaten des "Mare Balticum" sollten in die Forschungsvorhaben mit einbezogen werden.

- Es sollte ein Forschungsplan vorgelegt werden, der mittel- und langfristige Perspektiven zur Realisierung der notwendig umfangreichen Vorhaben angibt. Zugleich sollten einzelne Forschungsprojekte, z.B. auch Editionen, skizziert werden, die in einem überschaubaren Zeitraum bearbeitet und abgeschlossen werden können.

- Es ist eine hinreichende Anbindung an bzw. Vernetzung mit der regionalen (FU Berlin, TU Berlin, Humboldt-Universität, Universität Potsdam) und auswärtigen Hochschulforschung herzustellen.

Zum Zweck der Umsetzung dieser Empfehlungen ((1) bis (3)) hält der Wissenschaftsrat zunächst eine zwei- bis dreijährige Planungsphase für notwendig, in der neue Konzepte auf der Grundlage der ausgesprochenen Empfehlungen entwickelt werden, um dann mittelfristig entsprechende institutionelle Strukturen zu schaffen.

II.3. Zum wissenschaftlichen Personal

Derzeit werden zahlreiche (Nachwuchs-)Wissenschaftler aus den neuen Ländern mit Hilfe von ABM-Stellen innerhalb der Historischen Kommission gefördert. Die Historische Kommission zu Berlin leistet damit einen wesentlichen Beitrag dazu, daß diese Wissenschaftler auch in einer zunächst

erforderlichen Übergangsphase weiterhin in einer wissenschaftlichen Einrichtung tätig sein und sich damit internationale Kontakte erschließen können. Der Wissenschaftsrat betont, daß die Vielzahl dieser Stellen mittelfristig nicht zu einer weiteren Auffächerung der Arbeitsgebiete der Historischen Kommission führen darf. Es kommt vielmehr darauf an, die künftigen personellen Ressourcen von den Erfordernissen der empfohlenen Schwerpunktbildungen abhängig zu machen.

Der Wissenschaftsrat weist ferner darauf hin, daß zahlreiche Historische Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland - als Einrichtungen zur Erforschung der Landes- bzw. Regionalgeschichte - ihre Aufgaben auch mit Sach- und Personalmitteln bestreiten, die den Mitgliedern von Historischen Kommissionen als Lehrstuhlinhabern zur Verfügung stehen.

II.4. Zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit

Die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, vor allem mit osteuropäischen Wissenschaftlern, zählt zu den anerkannten Leistungen der Historischen Kommission zu Berlin, speziell der beziehungsgeschichtlich arbeitenden Sektionen. Sie sollte weiterhin gepflegt werden.

In bezug auf die Empfehlungen zur künftigen Entwicklung des Forschungsprofils der Historischen Kommission zu Berlin und eines Forschungsprogramms "Preußen und seine Nachbarn" weist der Wissenschaftsrat darauf hin, daß die bewährten Verfahren der wissenschaftlichen Kooperation zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen (gemeinsame Berufungen etc.) bzw. der Zusammenarbeit auf regionaler und nationaler Ebene sowie (insbesondere im Fall der auf Preußen bezogenen Forschung) auf internationaler Ebene (Austausch wissenschaftlichen Personals etc.) in den zu entwickelnden Konzeptionen sicherzustellen sind.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung

Die Historische Kommission zu Berlin hat sich in der Verbindung von Gelehrtengesellschaft und Forschungsstelle zu einer größeren außeruniversitären Forschungseinrichtung mit verschiedenartigen und unterschiedlich leistungsfähigen Arbeitsschwerpunkten entwickelt. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates eignet sich die Historische Kommission nicht zur Aufnahme in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder, da eine überregionale Bedeutung - bezogen auf die Gesamtheit der bestehenden Schwerpunkte und geplanten Vorhaben - nicht gegeben ist. Gemessen an den Anforderungen des Kohärenzkriteriums erweisen sich die Arbeitsschwerpunkte und das vorgelegte Forschungskonzept als heterogen.

In Anbetracht der durchaus vorhandenen wissenschaftlichen Leistungen einzelner Sektionen und Forschungsgruppen spricht der Wissenschaftsrat vielmehr forschungs- und förderungspolitisch differenzierte Empfehlungen aus:

- Die Historische Kommission zu Berlin sollte sich künftig auf stadt- und landesgeschichtliche Forschung, die traditionell Hauptaufgabe Historischer Kommissionen in Deutschland ist, konzentrieren und dabei mit einschlägig tätigen Berliner Museen zusammenarbeiten. Zu diesem Zweck sollte ein neues Konzept zur künftigen Organisation stadt- und landesgeschichtlicher Forschung, die in die Förderung des Sitzlandes bzw. von Berlin und Brandenburg fällt, entwikkelt werden.

- Die Aufgaben der Sektionen "Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neueren und Neuesten Zeit", "Geschichte der Arbeiterbewegung" und "Kulturgeschichte" sollten an den umliegenden Hochschulen bzw. Universitäten fortgeführt werden.

- Die Entwicklung eines Forschungsprogramms, das auf den Leistungen bzw. Zielsetzungen des vergleichend arbeitenden Schwerpunktes "Preußen und seine Nachbarn" aufbaut, erscheint grundsätzlich sinnvoll. Eine Konzeption der preußischen (Beziehungs-) Geschichte sollte von einer Gruppe, in der ausgewiesene, deutsche und ausländische Wissenschaftler repräsentiert sein müssen, entwickelt werden. Diese Konzeption könnte dann dem Wissenschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden und auch dazu führen, die für die Aufnahme in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder notwendige überregionale Bedeutung und das gesamtstaatliche wissenschaftspolitische Interesse anzuerkennen. Eine organisatorische Ausdifferenzierung zwischen Gelehrtengesellschaft und Forschungsinstitut wird in diesem Fall unumgänglich sein.

Der Wissenschaftsrat betont, daß sich - aufgrund des vorhandenen wissenschaftlichen Potentials innerhalb der genannten Arbeitsschwerpunkte - für die Umsetzung der ausgesprochenen Empfehlungen gute Entwicklungsperspektiven bieten. Zunächst ist eine zwei- bis dreijährige Planungsphase notwendig, in der neue Konzepte auf der Grundlage der ausgesprochenen Empfehlungen entwickelt werden, um dann schließlich mittelfristig entsprechende institutionelle Strukturen zu schaffen.

C. Zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und zum Johann-Gottfried-Herder-Institut

C.I. Ausgangslage

I.1. Entwicklung

Der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat (HFR) in Marburg besteht seit 1950 in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Er versteht sich als akademieähnliche Vereinigung von Wissenschaftlern verschiedener, vornehmlich geisteswissenschaftlicher Fachrichtungen mit dem Ziel, "die Erforschung des östlichen Mitteleuropa in europäischen Bezügen zu fördern". Das Johann-Gottfried-Herder-Institut (HI) soll als Einrichtung des HFR dessen Arbeiten durch Bereitstellung von wissenschaftlichem Material und durch eigene Forschung unterstützen. Der nachgeordnete Status des HI zeigt sich in der Tatsache, daß der HFR trotz eines spürbaren Bedeutungszuwachses des Instituts Empfänger der öffentlichen Förderung blieb. Der HFR bestimmt auch den Institutsdirektor und entscheidet über die generellen Forschungslinien. Für einzelne Forschungsbereiche oder spezielle Forschungsaufgaben kann der HFR Fachkommissionen bilden. Zu seinen Aufgaben gehört es weiter, die Arbeit der mit ihm verbundenen Historischen Kommissionen zu fördern.

Seit 1977 wird der HFR auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung durch Bund und Sitzland je zur Hälfte finanziert. Auf Bitte der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) erarbeitete der Wissenschaftsrat 1980 eine gutachterliche Stellungnahme zur wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des HFR und des HI. Die Stellungnahme des Wissenschaftsrates vom 14. November 1980 sprach sich für die Fortführung der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung aus, band seine Empfehlung jedoch

an eine erfolgreiche Reorganisation der wissenschaftlichen Arbeiten. Hierfür wurden insbesondere folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Verselbständigung des HI als Hauptträger der wissenschaftlichen Arbeit;
- Stärkung der Erforschung des östlichen Mitteleuropa in europäischen Bezügen.

Sowie dadurch bewirkt:

- Intensivierung der Kooperation mit westlichen und östlichen Wissenschaftlern des Fachgebiets;
- verstärkte Nutzung des HI als Serviceeinrichtung.

Die Organisation des HFR und das Verhältnis des HI zum HFR wurden in der Satzung von 1980/81 unter Mitwirkung der zuständigen Ministerien neu festgelegt und in ihren Grundlagen von der Mitgliederversammlung ausdrücklich bestätigt. Das hessische Kultusministerium akzeptierte einvernehmlich mit dem Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen die darin enthaltene Grundsatzentscheidung für eine akademieähnliche Organisationsform. Im Anschluß befürwortete die BLK den weiteren Einbezug des HFR in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder, sprach sich jedoch angesichts der begrenzten personellen Ressourcen des HFR für eine Zentrierung seiner Forschungstätigkeit auf wenige Schwerpunkte aus.

Entsprechend arbeitete der HFR einen Forschungs- und Strukturplan aus, der mit dem Ziel einer Straffung der Institutsarbeit eine fachlich und regional genauere Abstimmung der Arbeitsbereiche des HI gewährleisten sollte. Für eine Anpassung an die personalbezogenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates sah der HFR die notwendigen Voraussetzungen in den Haushaltszuwendungen nicht gegeben.

Angesichts der Arbeitslage im Institut, des Wechsels an der Spitze sowie der Änderung der politischen Situation im östlichen Mitteleuropa legte das Institut 1990 eine grundlegende Aktualisierung des Forschungs- und Strukturplans vor.

Seit 1989/90 erweiterten und vertieften sich zudem die wissenschaftlichen Kontakte des HFR in die Länder Ost-Mitteleuropas sowie zu Forschern und wissenschaftlichen Einrichtungen der neuen Länder. Konsequenzen ergaben sich daraus vor allem für die Bibliothek und das Pressearchiv. Weiter hat die politische Entwicklung dazu geführt, daß der HFR nunmehr vom Bundesinnenministerium betreut wird.

HFR und HI sehen sich seit 1989 in einer Zentralfunktion für die Ostmitteleuropaforschung bestätigt. Eine wichtige Rolle wird dabei den Sammlungen des Instituts ebenso wie dem breit angelegten Forschungskonzept zugemessen, das sich aufgrund von Personal- und Mittelknappheit jedoch nicht auf allen Gebieten in der gewünschten Form einlösen läßt. Bestärkt durch entsprechende Nachfrage nach wissenschaftlicher Zusammenarbeit aus ostmitteleuropäischen Ländern sieht sich der HFR auch in seiner stets vertretenen Auffassung, neben der Erforschung der ostmitteleuropäischen Länder in ihrer Gesamtheit die Förderung der Forschungen zur historisch-ostdeutschen Landesgeschichte und zur Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa in politikunabhängiger, emotionsfreier, wissenschaftlich orientierter Weise als wichtige Aufgabe von HFR und HI zu betrachten. Auf diesem Gebiet will der HFR verstärkt mit Fachkollegen aus Ostmitteleuropa kooperieren.

I.2. Aufgaben und Organisation

Der HFR und das HI haben sich seit ihrer Gründung darauf konzentriert, Länder, Völker und Staaten im östlichen Mitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart zu erforschen. Auf der Grundlage der Landeskunde steht die Beschäftigung mit den nationalen Kulturen und ethnischen Gruppen in ihren wechselnden staatlichen, politischen, geistigen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen im Mittelpunkt der betriebenen oder geförderten Forschung. Der historisch-geographische Begriff "Östliches Mitteleuropa" umschließt nach seinem Verständnis im Kern das heutige Polen, die CSFR sowie die Baltischen Staaten. Historische DDR-Forschung gehört nicht zu den Aufgaben des HFR. Innerhalb der bundesgeförderten Ostforschung erachtet der HFR seine regionale Ausrichtung als besonderen Vorteil gegenüber der in anderen Einrichtungen betriebenen Forschung zu nationalen Systemen.

Der HFR bildet zur Strukturierung seiner Arbeit Fachkommissionen, in denen neben Mitgliedern des HFR auch externe Fachwissenschaftler tätig sind; der Vorsitzende muß Ordentliches Mitglied des HFR sein. Innerhalb des HFR bestehen Fachkomissionen für folgende Forschungsbereiche:

- Sprache und Literatur,
- Musikgeschichte,
- Volkskunde,
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
- Zeitgeschichte.

Es ist beabsichtigt, die zur Zeit ruhenden Kommissionen für Vor- und Frühgeschichte sowie für Kunstgeschichte wieder zu beleben.

Zum Verbund des HFR gehören auch sieben Historische Kommissionen historischer deutscher Ostprovinzen sowie ehemaliger deutscher Siedlungsgebiete in Ostmittel- und Südosteuropa, deren staatliches Umfeld nunmehr in den Forschungsauftrag der Kommissionen eingeschlossen ist:

- Baltische Historische Kommission,
- Historische Kommission für ost- und westpreussische Landesforschung,
- Historische Kommission für Pommern,
- Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen,
- Historische Kommission für Schlesien,
- Historische Kommission der Sudetenländer,
- Südostdeutsche Historische Kommission.

Im Unterschied zu den Fachkommissionen sind die Historischen Kommissionen selbständige Einrichtungen mit eigener Satzung und eigenem Mitgliederbestand. Sie stehen jedoch in engem wissenschaftlichen und personellen Verbund mit dem HFR. Gegenüber den fachbezogenen Fachkommissionen vertreten sie im Forschungsverbund des HFR das geographische Gliederungsprinzip. Die Historischen Kommissionen erhalten für ihre landesgeschichtliche Arbeit Mittel aus dem Wirtschaftsplan des HFR, der sie auch haushaltsmäßig verwaltet. Bei ihrer Arbeit stützen sich die Historischen Kommissionen auf die Bestände des HI.

Die in der Satzung verankerte starke Verklammerung von Forschungsrat und Institut kommt darin zum Ausdruck, daß der Direktor des HI zugleich geschäftsführendes Vorstandsmitglied des HFR ist. Er wird auf Vorschlag des Vorstandes des HFR von dessen Mitgliederversammlung gewählt. Organe des HFR sind das Kuratorium, die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

Das Kuratorium besteht aus acht Personen. Es setzt sich zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des HFR und aus Regierungsvertretern zusammen. Den Vorsitz führt der Vertreter des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Der Zustimmung des Kuratoriums bedürfen alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung oder von finanzieller Tragweite. Hierzu gehören insbesondere der Entwurf des Wirtschaftsplans, Änderungen der Satzung sowie Wahl, Anstellung und Abberufung des Institutsdirektors.

Der HFR ergänzt sich durch Kooptation. Die Zahl seiner Ordentlichen Mitglieder ist von der Satzung auf 48 beschränkt, worauf allerdings Mitglieder, die das 70. Lebensjahr überschritten haben, nicht angerechnet werden, so daß es z.Z. 79 Ordentliche Mitglieder gibt. Sie werden nach landschaftlichen und fachlichen Gesichtspunkten ausgesucht und von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstands gewählt. Die Mitgliedschaft ist zeitlich nicht begrenzt. Daneben hat der HFR korrespondierende Mitglieder, deren Zahl nicht beschränkt ist, die aber an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmen und nicht stimmberechtigt sind.

Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Sie berät und beschließt unter anderem über die Festsetzung der allgemeinen Aufgaben des Forschungsrates, Bildung und Auflösung von Fachkommissionen, die Zuweisung von Forschungsmitteln, insbesondere für die Fachkommissionen und die Historischen Kommissionen, die grundsätzliche Planung von Veröffentlichungen, die Wahl sowie Anstellung und Abberufung des Vorstandes des Forschungsrates und des Direktors des Instituts.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Er setzt sich zusammen aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Direktor des HI, sowie bis zu vier weiteren Mitgliedern. Der Präsident und das geschäftsführende Vorstandsmitglied bilden den Vorstand im Sinne des BGB. Die Amtsdauer der gewählten Vorstandsmitglieder beträgt drei Jahre; die Amtsdauer des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds richtet sich nach seinem Anstellungsvertrag als Institutsdirektor.

Der Wirtschaftsplan des HFR für 1991 sah im Rahmen der institutionellen Förderung Ausgaben in Höhe von 5.475.300 DM vor. Die Personalkosten wurden mit knapp über 4 Mio. DM veranschlagt. Rund 100.000 DM sollten aus eigenen Einnahmen bestritten werden (etwa 3/4 davon über Veröffentlichungen). Zusätzlich wurden Projektmittel von seiten des Bundes in Höhe von 148.000 DM eingeplant.

Dem HFR und dem HI flossen in den Jahren 1981 bis 1989 insgesamt über 1,4 Mio. DM an zusätzlichen Geldern zu, rund ein Viertel davon für Personalausgaben. Über 0,5 Mio. DM stammten von den Bundesministerien des Inneren und für Innerdeutsche Beziehungen. Mit ebenfalls über 0,5 Mio. DM förderte die DFG das Institut, wovon sich allerdings mehr als die Hälfte aus den jährlichen Zuwendungen für die Bibliothek errechnet. Rund 200.000 DM stellte die Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung.

Für den Gesamtverbund des HFR mit seinen Fachgruppen und Historischen Kommissionen ist das HI in Marburg die zentrale wissenschaftliche Einrichtung. Das Institut umfaßt gegenwärtig neben einer Verwaltung eine Veröffentlichungs- und Verlagsabteilung sowie fünf Sammlungen: Bibliothek, Pressearchiv, Bildarchiv, Kartenabteilung, Archivabteilung.

Im Jahr 1990 verfügte das Institut über 51,5 Planstellen, davon 15 für Wissenschaftler. 1,5 Wissenschaftlerstellen waren unbesetzt. Zur Stärkung der Forschungskapazität erachtet das Institut in Anlehnung an die Empfehlung des Wissenschaftsrates von 1980 die Bewilligung von drei weiteren Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie eine C-3 Leerstelle für einen Schwerpunktleiter an der Universität Marburg als notwendig.

Die Struktur des Instituts folgt neben der Gliederung in Abteilungen dem Prinzip der Zusammenfassung der Forschungskapazitäten der wissenschaftlichen Mitarbeiter und ihrer Aufteilung in Forschungsbereiche. Dabei nehmen die meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter sowohl Funktionen in den Abteilungen als auch Forschungsaufgaben wahr; der Umfang der Forschungstätigkeit ist unterschiedlich. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter gehören verschiedenen Fachrichtungen an und sind auf bestimmte Regionen Ostmitteleuropas spezialisiert.

I.3. Forschungsschwerpunkte

Die vom HFR und den mit ihm verbundenen Einrichtungen angeregten und durchgeführten Arbeiten lassen sich in drei Gruppen gliedern:

1. Vom Vorstand des HFR angeregte Vorhaben: Hier handelt es sich vornehmlich um die Themen der wissenschaftlichen Jahrestagungen des HFR, deren Durchführung in der Hand des Vorstandes liegt. Die Vorträge der beteiligten HFR-Mitglieder, HI-Mitarbeiter und weiterer Fachleute werden meist in Sammelbänden zusammengefaßt oder in der Zeitschrift für Ostforschung veröffentlicht; im Falle der Herausgabe von Sammelbänden werden die behandelten Aspekte oder geographischen Räume durch Hinzuziehung weiterer Bearbeiter erweitert.

2. Von den Historischen Kommissionen und den Fachkommissionen aufgestellte und durchgeführte Projekte: Sie werden vom HFR oder mit Drittmitteln finanziert und - wenn möglich - in den Publikationsreihen der Historischen Kommissionen oder des HFR/HI veröffentlicht.

3. Die Arbeitsvorhaben des HI.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des HI sind sowohl an den Jahrestagungen des HFR als auch an Projekten der Historischen Kommissionen und der Fachkommissionen beteiligt. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt aber in den Vorhaben des HI.

Die Forschungsschwerpunkte des HI wurden aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates konzentriert. Sie gliedern sich derzeit wie folgt:

1. Bearbeitung und Herausgabe von Urkundenbüchern und anderen Quellen im Rahmen der Grundlagenforschung:

   a) Preußisches Urkundenbuch,
   b) Pommersches Urkundenbuch,
   c) Schlesisches Urkundenbuch,
   d) weitere mittelalterliche und frühneuzeitliche Quelleneditionen (in Vorbereitung).

2. Bearbeitung zweier mittelfristig angelegter Forschungsprojekte:

   a) Bevölkerung, Wirtschaft und Kultur im östlichen Mitteleuropa vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg

Angesichts des weitgefaßten Bearbeitungsfeldes und der dafür unzureichenden Anzahl von Mitarbeitern wurde die Planung von dem Ziel einer handbuchartigen Gesamtdarstellung auf das Projekt einer überblicksartigen Darstellung der wesentlichen Entwicklungen umgestellt. Parallel zur Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung als erstem Forschungsabschnitt (mit bereits abgeschlossenen, z.T. umfangreichen Manuskripten) sind Industrialisierung und Urbanisierung in ihrem sozialen Zusammenhang sowie Bildungsprobleme als weitere Schwerpunktthemen vorgesehen.

b) Bevölkerung, Wirtschaft und Kultur in den Staaten Ostmitteleuropas seit 1945

Nachdem die Bearbeitung des Themas "Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg" abgeschlossen wurde (Sammelband mit Forschungsbeiträgen), wurde als neues Vorhaben "Minderheiten und Regionen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg" gewählt.
Dieses Vorhaben soll, frühere Forschungen des HI fortführend, den gegenwärtig aktuellen Problembereich der Nationalitätenfrage und der nationalstaatlichen Tendenzen sowie grenzübergreifender Regionalbewegungen in Ostmitteleuropa erfassen und in seine Perspektiven einordnen. Die betreffenden Bearbeiter sollen mehrere Einzelbeiträge oder eine Monographie zu ausgewählten Themen zusammenstellen.

Den Kern beider Forschungsprojekte bilden Arbeitsgruppen aus Mitarbeitern des HI. Da deren Forschungskapazität für größere Projekte nicht ausreicht, müssen zusätzlich auswärtige Kräfte einbezogen werden. Die Koordination übernimmt jeweils ein Mitarbeiter des Instituts.

Die Bearbeitung zweier Projekte anstatt, wie vom Wissenschaftsrat vorgeschlagen, eines einzigen, entspricht dem Grundsatz des HFR, historische und Gegenwartsforschung zu betreiben, und will die vorhandenen Forschungskapazitäten besser nutzen.

Darüber hinaus leistet das Institut Forschungsförderung durch die Unterhaltung von wissenschaftlichen Sammlungen und die Aufbereitung der darin befindlichen Materialien für wissenschaftliche Zwecke, ferner durch die fachliche, redaktionelle, drucktechnische und verlegerische Betreuung wissenschaftlicher Zeitschriften und Buchreihen in einer Veröffentlichungsabteilung.

Die Anteile von Forschung, Forschungsförderung und Serviceleistungen wurden innerhalb des HI auf der Grundlage der Arbeitsberichte der einzelnen Abteilungen und der wissenschaftlichen Mitarbeiter nach den Tätigkeitsmerkmalen ermittelt. Eine Auswertung durch das Institut ergab folgenden Befund: Forschung und Forschungsförderung (im spezifischen Verständnis des HI, das auch Serviceaspekte einbezieht) rund zwei Drittel, Serviceleistungen rund ein Drittel. Dabei entfallen auf Forschung 45%, auf Forschungsförderung (Redaktions-, Herausgeber-, und wissenschaftsorganisatorische Tätigkeit) 22%. Im Bereich des HI wurde der Forschungsanteil gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrates in den letzten Jahren verstärkt, unter anderem durch Maßnahmen zur Einschränkung der redaktionellen Arbeit und der Auskunftstätigkeit.

Die Forschung der Fachgruppen sowie der Historischen Kommissionen orientiert sich an dem mit jeder Bezeichnung vorgegebenen thematischen oder geographischen Bezugsrahmen. Über die wissenschaftliche Tätigkeit des Herder-Forschungsrates informieren die Jahresberichte.

I.4. Bibliothek und Archive

Das HI betrachtet es seit seinem Bestehen als eine seiner wesentlichen Aufgaben, wissenschaftlich auswertbare Materialien zu sammeln sowie diese für die Forschung aufzubereiten und zugänglich zu machen.

Die Stellungnahme des Wissenschaftsrates von 1980 bezeichnete das HI mit seiner international renommierten Bibliothek und einer Vielzahl für seine Fachgebiete einschlägigen Sammlungen als unbestritten wichtigste Serviceeinrichtung für die Erforschung des östlichen Mitteleuropa in der Bundesrepublik.

Die Bibliothek des HI ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek für die Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas. Sie dient vor allem der Arbeit des Instituts, ist aber durch den Anschluß an den Öffentlichen Leihverkehr allgemein zugänglich und beteiligt sich seit 1990 am Hessischen Bibliotheksinformationssystem HEBISKAT. Sie umfaßt derzeit etwa 270.000 Bände. Ihre Bestände werden durch einen alphabetischen Katalog und einen Sachkatalog erschlossen; die bis 1977 erworbenen Titel sind in einem zehnteiligen Bandkatalog verzeichnet, der in allen großen Bibliotheken der Welt vorliegt. Ein qualitativer Ausbau der Bibliothek unter Einschluß der Einführung von EDV ist derzeit im Gange. Für die Titelannahme im Rahmen von HEBISKAT stehen ein Personalcomputer und vier Bildschirmarbeitsplätze zur Verfügung. Weitere Plätze werden für Ausleihe und Benutzer als notwendig betrachtet. Für den bibliotheksinternen Einsatz gibt es bislang nur einen PC. Um Doppelarbeiten zu vermeiden, besteht der dringende Wunsch nach Verbesserung.

Die Bibliothek führt seit 1950 den "Gesamtkatalog Ostmitteleuropa". Dieser zentrale Fachkatalog weist die entsprechenden deutschen und fremdsprachigen Buch- und Zeitschriftenbestände östlicher und westlicher Provenienz von ca. 25 Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland sowie von einigen ausländischen Bibiotheken (ca. 370.000 Nachweise) aus.

Das 1952 eingerichtete Pressearchiv mit rund 5 Mio. Zeitungsausschnitten und Kopien ist vornehmlich ein Archiv zur Zeitgeschichte. Derzeit werden ca. 235 Titel vorwiegend aus Polen, der CSFR und den Baltischen Staaten sowie aus überregionalen deutschen Blättern ausgewertet. Zusätzlich werden in einem Personenarchiv Pressenachrichten über führende Persönlichkeiten in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik gesammelt. Aus dem Material des Pressearchivs wird u.a. die "Dokumentation Ostmitteleuropa" erarbeitet. Der Bestand des Archivs wuchs seit Ende der siebziger Jahre auf nunmehr rund 14.250 Aktenordner erheblich an, die eine Sachsystematik von ca. 450 Stichwörtern regional und zeitlich gegliedert detailliert erschließt.

Das Bildarchiv sammelt und bearbeitet Bilddokumente aller Art über Osteuropa (insgesamt ca. 350.000 Bildträger). Thematische Schwerpunkte sind Topographie, Architektur und Kunstgeschichte. Das Material wird durch zwei Kataloge topographisch und systematisch erschlossen. Das Bildarchiv betreut ferner den Katalog "Ostdeutsches Kulturgut in westdeutschen Museen" mit einem Gesamtbestand von 29.000 Objekten.

Die Kartensammlung umfaßt neben Atlanten rund 21.400 topographische Kartenblätter deutscher und ausländischer Herkunft. Sie wird ergänzt durch eine umfangreiche Sammlung von Luftbildaufnahmen aus den vierziger Jahren. Die amtlichen topographischen und geographischen Kartenwerke der ostmitteleuropäischen Länder sind weitgehend vorhanden. Ein

Drittel des Kartenbestandes machen thematische Einzelkarten aus; Schwerpunkte sind Karten über Sprache, Volkstum und Siedlung. Ein Schlagwortkatalog erschließt den Bestand.

Zahlreiche Nachlässe und Familienarchive konnten seit 1980 ins Archiv aufgenommen werden. Weiter wurden vier Sondersammlungen, so zum Namenspatron von Forschungsrat und Institut, neu eingerichtet. Die größte Ländersammlung stellen Archivfilme mit ca. 800.000 Aufnahmen von Archivalien aus baltischen Archiven dar, die zu einem großen Teil in Form von Papierrückvergrößerungen der Forschung zur Verfügung stehen. Der Umfang der im Archiv lagernden Bestände wuchs seit 1980 erheblich an. Unter Einschluß noch zu ordnender und zu verzeichnender Originalmaterialien sowie der Baltischen Archivfilme umfaßt das Archiv mit jetzt über 240 laufenden Metern das Achtfache des Bestandes vom Ende der siebziger Jahre. Die Materialien der Abteilung sind durch Bestands- und Sachkataloge erschlossen; darüber hinaus existiert ein Zentralkatalog von Quellen der historischen deutschen Ostgebiete sowie Ostmitteleuropas in Archiven der Bundesrepublik.

I.5. Veröffentlichungen, Tagungen und wissenschaftliche Kontakte

Das Herder-Institut zählt zu seinen wesentlichen wissenschaftlichen Aufgaben auch die Herausgabe und Betreuung von Publikationsreihen. Es unterhält seinen eigenen Verlag. Es veröffentlicht einen großen Teil der von den Mitarbeitern des Instituts und den Mitgliedern des Forschungsrates verfaßten Arbeiten und betreut diese technisch und redaktionell. Aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurden Verlagstätigkeit und Publikationswesen seit 1981 überdacht und gemäß der Gliederung des HFR neu strukturiert. HFR und HI geben zur Zeit folgende Periodica und Reihen heraus:

Periodica

- Zeitschrift für Ostforschung (historisch orientierte Vierteljahresschrift),
- Dokumentation Ostmitteleuropa (gegenwartsbezogene Zweimonatsschrift).

Reihen

- Bibliographien zur Geschichte und Landeskunde Osteuropas,
- Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart,
- Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien,
- Kultur- und geistesgeschichtliche Ostmitteleuropa-Studien,
- Bau- und Kunstdenkmäler im östlichen Mitteleuropa,
- Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien,
- Tagungsberichte des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates.

Außerdem werden Sammelwerke und Einzelschriften publiziert, teils im Selbstverlag des HI, teils in Fremdverlagen. Insgesamt haben HFR und HI bisher 330 Monographien und Sammelbände veröffentlicht.

Unter den Publikationen des Instituts sind die laufend vorgelegten Bibliographien hervorzuheben, die deutsch- und fremdsprachige Veröffentlichungen für die einzelnen ostdeutschen Landschaften oder für ostmitteleuropäische Länder verzeichnen. Sie erscheinen als selbständige Publikationen in der Reihe "Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas" und in Auswahl in der "Zeitschrift für Ostforschung".

Die Historischen Kommissionen veröffentlichen Einzelarbeiten, geben zum Teil aber auch eigene Reihen und Zeitschriften heraus. Von ihnen gehen Aufträge zur Bearbeitung von Bibliographien aus. Der HFR versucht in begrenztem Umfang, die notwendigen Mittel hierfür bereitzustellen; die redaktionelle, technische und verlegerische Betreuung, teilweise auch die wissenschaftliche Betreuung übernimmt das HI.

Als unmittelbar vom HFR koordinierte und von den Mitgliedern des HFR gemeinsam getragene Arbeiten sind die jährlichen wissenschaftlichen Tagungen anzusehen, deren Ergebnisse zum größten Teil publiziert werden.

Das HI versteht sich als Forum für Wissenschaft und Forschung. Die Mitarbeiter des Instituts und die Mitglieder des Forschungsrates pflegen Kontakte zu Wissenschaftlern ihrer Fachrichtungen, insbesondere zu denen in Ostmitteleuropa. Durch die politische Entwicklung in Ostmitteleuropa konnten diese Verbindungen wesentlich intensiviert werden. Die persönlichen Begegnungen und die Zahl der Besuche im HI haben seither erheblich zugenommen. In jüngster Zeit übernahm das HI verstärkt die Betreuung ausländischer Stipendiaten.

In loser Folge werden "Wissenschaftliche Gespräche" veranstaltet, in deren Rahmen auch ausländische Gäste Vorträge über ihre speziellen Arbeiten oder über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Herder-Forschungsrates halten. Außerdem werden Arbeitstagungen der Fachgruppen veranstaltet. Sie finden im Rahmen der Mitgliederversammlung oder in Zusammenarbeit mit den Historischen Kommissionen statt und sollen die wissenschaftlichen Kontakte unter den beteiligten Wissenschaftlern vertiefen.

Das HI berät weiter Studierende, Wissenschaftler und andere Interessenten bei der Durchführung ihrer Forschungen; durch die einschlägigen Spezialisten erhalten sie Hinweise auf Materialien.

Seit 1986 veranstaltet der HFR wieder Nachwuchstagungen für fortgeschrittene Studenten und junge Wissenschaftler, zu denen jährlich ein- bis zweimal etwa 25 Teilnehmer aus dem deutschsprachigen Raum eingeladen werden. Der wissenschaftliche Nachwuchs wird ferner durch die Vergabe des "Hermann-Aubin-Stipendiums", das dem Erlernen osteuropäischer Sprachen sowie dem Besuch von Archiven u.ä. dient, und durch Zuschüsse zur "Fortbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte" gefördert.

Das HI gehört dem Koordinationsausschuß deutscher Osteuropainstitute an; es arbeitet in diesem Rahmen mit anderen Einrichtungen der Osteuropaforschung zusammen. Es ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft historischer Kommissionen und landeskundlicher Institute, der Arbeitsgemeinschaft der Ost- und Südosteuropa und DDR-Bibliotheken und -Sammlungen der Bundesrepublik Deutschland sowie des Deutschen Bibliotheksverbandes, Sektion Spezialbibliotheken.

Im Anschluß an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1980 versuchte der HFR, die Zusammenarbeit mit der Universität Marburg auszubauen. Die 1966 eingerichtete Arbeitsgemeinschaft des HI mit der Universität Marburg besteht nach wie vor, und das HI ist um weitere Kontakte bemüht. Das vom Sitzland auf die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Einrichtung von Leerstellen an der Universität hin ergangene Angebot einer entsprechenden C-4 Stelle wurde jedoch vom HFR nicht aufgegriffen. Allerdings lehrt der frühere Direktor des Instituts an der Universität Marburg, wobei er

Themen aus dem Arbeitsbereich des HFR behandelt und diese auch für Examensarbeiten und Dissertationen vergibt. Weitere Mitarbeiter des Instituts hielten Veranstaltungen an der Universität ab oder wirkten an ihnen mit. Mehrere Hochschullehrer der Universität Marburg sind Mitglieder des HFR, sein Präsident ist Inhaber einer C4-Professur an der Universität. In die neuen Partnerschafts- und Austauschbeziehungen der Universität Marburg zur Universität Breslau ist das HI über das spezielle Forschungsinteresse vieler Breslauer Wissenschaftler einbezogen.

C.II. Stellungnahme

II.1. Zur wissenschaftlichen Bedeutung und zur Struktur der Forschungseinrichtung

Seit seiner Gründung im Jahr 1950 hat der HFR als akademieähnliche Vereinigung von Wissenschaftlern mit angegliedertem Forschungsinstitut wesentlich dazu beigetragen, den wissenschaftlichen Kenntnisstand über die ostmitteleuropäischen Länder, vor allem der Landesgeschichte der historischen deutschen Siedlungsgebiete sowie der Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa, zu vertiefen.

Arbeitsschwerpunkte liegen insbesondere in der Edition von Quellen, der Erstellung von wissenschaftlichen Nachschlagewerken sowie auf dem Gebiet der Dokumentation. Auf diesem Feld leistet der HFR wertvolle Grundlagenarbeit für weiterführende Forschung. Sie kann an die in der Bundesrepublik Deutschland einzigartigen Bestände und Servicemöglichkeiten des HI anknüpfen und besitzt überregionale Bedeutung für die gesamte Ostmitteleuropaforschung. Hier liegt auch das Zentrum der wissenschaftlichen Tätigkeit der Mitarbeiter des HI.

Die von HI herausgegebenen Bibliographien sind insgesamt gesehen sehr nützliche und für die Forschung unentbehrliche Hilfsmittel und sollten auch in Zukunft fortgeführt werden. Hingegen erscheint die Reihe "Dokumentation Osteuropa" in ihrer jetzigen Form, angesichts veränderter Rahmenbedingungen und eines fehlenden wissenschaftlichen Konzepts, als entbehrlich. Wichtigste Publikation des HI ist nach wie vor die Zeitschrift für Ostforschung. Sie stellt für die Osteuropaforschung ein unentbehrliches Diskussionsforum dar und genießt in der Fachöffentlichkeit breite Anerkennung.

Unter den Reihenwerken und Einzelschriften ragen weiter Einzelstudien wie u.a. zur Geschichte der Juden in Ostmitteleuropa und zum sozialen Wandel in der ehemaligen CSSR hervor. Die übrigen Veröffentlichungen besitzen eher den Charakter von größeren Aufsätzen bzw. Miszellen. Eine Vielzahl von Forschungsberichten und kleineren Artikeln auch außerhalb der Publikationsorgane des HFR spiegelt zusätzlich die externe Anerkennung der Forschungsleistungen am Institut.

Der Wissenschaftsrat hatte in seiner Stellungnahme von 1980 empfohlen, bei der Neubestimmung der Aufgaben des HI und der Festlegung eines künftigen Forschungsprogramms die vorgefundene Vielfalt und Breite der Themen nicht zu übernehmen. Für eine Übergangszeit sollte zunächst nur ein an den verfügbaren personellen und materiellen Mitteln orientierter Schwerpunkt eine erfolgreiche und internationalen Maßstäben entsprechende Bearbeitung gewährleisten. Der HFR suchte dem mit der Einrichtung von zwei Projekten mit historischer und gegenwartsbezogener Ausrichtung zu entsprechen. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates gelang es damit jedoch nicht, die breitgefächerten Einzelaktivitäten in ein den strukturellen Voraussetzungen des HI angepaßtes, kohärentes Forschungskonzept einzubinden. Statt dessen wurde ohne ausreichende Abstimmung mit den Mitarbeitern des

Instituts eine zu weit gefaßte Projektstruktur gewählt, die die Möglichkeiten des Institutes überfordert. In Hinblick auf die lange Laufzeit können auch unter Berücksichtigung der Umbruchsituation am Institut die im Forschungsbereich erzielten Ergebnisse nicht befriedigen. Eine wesentliche Leistungssteigerung läßt hier auch die kürzlich verbesserte Stellensituation im Forschungsbereich nicht erwarten.

Nach Einschätzung des Wissenschaftsrates verstand es der Verbund von HI, HFR und Kommissionen nicht, die von der Satzung gestellte Aufgabe der Erforschung des östlichen Mitteleuropa in seinen europäischen Bezügen in der gewünschten Form einzulösen. Damit stellt sich - verstärkt durch die mit dem politischen Wandel in Osteuropa verursachten neuen Bedingungen für die Forschung - die Frage nach einer konzeptionellen und strukturellen Neuorientierung.

Mit seiner Publikationstätigkeit bildet der HFR weiterhin ein bedeutendes Kommunikationsforum für die Osteuropawissenschaft, das auch ausländischen Wissenschaftlern offensteht. Mit den am Institut durchgeführten Tagungen nimmt er eine wichtige Mittlerfunktion wahr. Sie sollte insbesondere auch hinsichtlich der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses fortgeführt und durch die Einrichtung von Stellen für Gastwissenschaftler ausgebaut werden. Weiter bleibt die im Zusammenhang mit den Institutsbeständen geleistete Grundlagenarbeit insbesondere für die historische Osteuropaforschung unbestritten. Der HFR betreibt zudem mit dem HI eine außeruniversitäre Dokumentations- und Informationseinrichtung, deren Serviceleistungen für die Forschung auch in internationaler Hinsicht von großer Bedeutung sind.

Für die Zukunft ist mit einer Zunahme der Serviceaufgaben zu rechnen. Das Institut sollte in dieser Funktion gestärkt werden, da es hier einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Forschung an den Hochschulen leisten kann. Eigene Forschung sollte nur mehr in engem Zusammenhang mit der Servicefunktion erfolgen.

II.2. Zur wissenschafltichen Arbeit der einzelnen Abteilungen

a) Bibliothek

Das HI stützt seine Forschungs- und Servicearbeit auf eine international angesehene Bibliothek.

Ihr Kernbestand wurde in der Vergangenheit über Schenkungen und erhebliche antiquarische Ankäufe um zum Teil einzigartige Sammlungen erweitert, ebenso aber durch die systematische Erwerbung von Neuerscheinungen ausgebaut. Dennoch läßt seit mindestens vier Jahren ein spürbarer Rückgang bei den Neuerwerbungen Defizite im Literaturetat erkennen. In Zukunft ist darüber hinaus von einem Anstieg der Bibliothekskosten auszugehen. Hinzu kommt der Abbruch von Tauschbeziehungen mit Osteuropa sowie zu erwartende Angebote ganzer Sammlungen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher, den Bibliotheksetat entsprechend zu erhöhen.

Die Bibliothek beabsichtigt, in der nächsten Zeit Etatüberwachung, Inventarisierung und Statistik auf EDV umzustellen. Sie sollte in dieser Absicht durch zusätzliche Mittel ebenso unterstützt werden wie für eine rückwärtige Katalogisierung der Bestände über EDV.

b) Pressearchiv

Von besonderer Bedeutung, insbesondere für die zeitgeschichtliche Forschung, ist das Pressearchiv. Andere Dokumentationsstellen in der Bundesrepublik Deutschland erfassen fremdsprachige Zeitungen und Zeitschriften aus Ostmitteleuropa, wenn überhaupt, nur sehr lückenhaft. Hinsichtlich von Publikationsorganen deutscher Sprache aus und über diesen Raum bestehen zwar zum Teil Überlappungen, doch zeigt sich auch hier die herausgehobene Stellung des HI durch seine Zuständigkeit für diesen Bereich im Rahmen des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse e.V.. Auch

wird andernorts keine Ausschnittsammlung betrieben. Trotz der verbesserten Zugänglichkeit von Publikationen aus Osteuropa besteht weiter vorerst keine Institution, die von dort das HI als Sammelstelle ersetzen könnte. Für eine Übergangszeit ist daher die Kontinuität seiner Sammeltätigkeit sicherzustellen, ihre Fortführung jedoch mittelfristig zu überprüfen und unter der Annahme eines dann zuverlässig gesicherten Materialzugangs einzustellen. Hinsichtlich des wissenschaftlichen Wertes des dann abgeschlossenen Bestands, seiner Konservierung sowie Erschließung über EDV wird den Zuwendungsgebern empfohlen, ein entsprechendes Gutachten in Auftrag zu geben.

c) Photothek

Eine einzigartige Sammlung von Bildträgern mit Schwerpunkten auf Topographie, Architektur- und Kunstgeschichte weist die Photothek auf. Die Bestände werden wissenschaftlich kompetent bearbeitet und erschlossen. Die Relevanz der Einrichtung unterstreichen die umfangreichen Auskunfts- und Bestellwünsche gerade aus Osteuropa. Die Photothek ist jedoch nicht in der Lage, ihre Sammeltätigkeit flächendekkend für sämtliche ostmitteleuropäischen Länder zu betreiben. Der Wissenschaftsrat spricht sich daher für eine Beschränkung der systematischen Ergänzung auf die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in diesem Raum aus, worauf auch bisher schon das Hauptaugenmerk der Abteilung ruhte. In dieser modifizierten Konzeption ist sie zu erhalten. Die Sicherheitsduplizierung, Restaurierung und Konservierung von historisch wertvollen Unikaten ist zu unterstützen, die Umstellung der Katatalogisierung auf EDV zu prüfen.

d) Archiv

Von überwiegend zufällig erworbenen Sammelobjekten zeigt sich die kleine Archivabteilung bestimmt. Für den eigen-

ständigen Erhalt des Archivs spricht sein Charakter als Anlaufstelle für Privatpersonen. Die dafür notwendige personelle Betreuung und Professionalisierung läßt jedoch eine Verlagerung an das Staatsarchiv Marburg angeraten erscheinen. Die Verbindung des wertvollen Bestands an baltischen Archivfilmen mit dem HI sollte aber zur weiteren Auswertung sichergestellt werden. Für sie bietet sich auch eine Integration in die baltische Sammlung der Bibliothek des Instituts an. Die heterogenen weiteren Bestände des Archivs rechtfertigen keine eigene Abteilung; sie sollten auf keinen Fall systematisch ergänzt werden. Für die Forschungs- und Serviceaufgaben des HI ist die Abteilung entbehrlich.

e) Kartenabteilung

Die Kartenabteilung des HI kann nicht nur auf einen eigenen Fundus an historischen Karten sowie Luftbildaufnahmen aus den vierziger Jahren zu den ehemaligen deutschen Ostgebieten zurückgreifen, sondern erstellt auch Kartenwerke. Die Abteilung verfolgt eigene Forschungsprojekte und kooperiert mit anderen Einrichtungen (z.B. mit der Historischen Kommission zu Berlin). Die Benutzerzahl nahm in den vergangenen Jahren stetig zu. Die Abteilung sollte erhalten bleiben.

II.3. Zur Organisation und künftigen Forschungstätigkeit

Die wissenschaftliche Arbeit des HFR vollzieht sich im Forschungsverbund von HI, HFR, dessen Fachkommissionen sowie der eigenständigen, nach den einzelnen deutschen Siedlungsgebieten gegliederten Historischen Kommissionen. Letztere führen spezifisch landesgeschichtliche Projekte durch und verfügen in der Mehrheit auch über eigene Reihen und Periodica. Sie sind über die Mitarbeiter des HI auch

personell mit dem Institut verflochten und tragen insbesondere zur Erforschung der früheren deutschen Ostgebiete bei. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates erscheint eine Zusammenarbeit in begrenztem Rahmen weiter sinnvoll. Fördermittel für wissenschaftliche Projekte und Tagungen sollten auch den Historischen Kommissionen offenstehen.

Stand die Beschäftigung mit den historischen deutschen Siedlungsgebieten traditionell im Vordergrund der Tätigkeit des HFR, so gewann seit den siebziger Jahren die Beschäftigung mit ganz Ostmitteleuropa oder einzelnen Ländern dieser Region an Bedeutung.

Angesichts der durch den politischen Wandel in Osteuropa - und die dadurch verbesserte Zugänglichkeit zu Quellen und Informationen - veränderten Forschungssituation sowie im Interesse einer sinnvollen Konzentration der Institutsarbeit spricht sich der Wissenschaftsrat für eine Beschränkung des Sammlungsinteresses auf die historischen deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa sowie in den baltischen Staaten aus. Weiter sollte aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen die Gegenwartsforschung in der bisherigen Form nicht fortgesetzt werden.

Die Serviceleistungen des HI, die forschungsfördernden Tätigkeiten des HFR sowie die Forschungsarbeiten seiner Mitglieder in den Kommissionen sind eng miteinander verschränkt. Zwar werden die von Bund und Sitzland zur Verfügung gestellten Mittel überwiegend für Serviceleistungen benötigt, die vom HI für HFR, die Kommissionen und externe Nutzer erbracht werden, andererseits fördert der HFR in kleinerem Ausmaß auch die Forschungstätigkeit seiner Mitglieder sowie der Kommissionen. Diese Verzahnung von Serviceleistungen im Bereich der Materialsammlung und Erschließung mit Forschungstätigkeit und forschungsfördernden Maßnahmen sollte erhalten bleiben. Dennoch ist der Wissen-

schaftsrat nicht überzeugt, daß die derzeitige Organisation die besten Voraussetzungen bietet, um die mit dem HI verbundenen Möglichkeiten angemessen auszuschöpfen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, aus dem in wesentlichen Teilen bereits faktisch vollzogenen Funktionswandel des Herder-Instituts von einer Forschungseinrichtung zu einer Einrichtung mit Servicefunktionen für die Forschung die Konsequenz zu ziehen und das HI in Zukunft als Serviceeinrichtung zu fördern. Aufgrund der festgestellten Defizite kann die Fortführung als Forschungseinrichtung im Rahmen der gemeinsamen Förderung von Bund und Ländern nicht empfohlen werden.

Nach Auffassung des Wissenschaftsrates überforderte der Vorstand des HFR das Institut mit der von ihm entwickelten Projektstruktur. Sie erwies sich als nicht geeignet, die vom Wissenschaftsrat empfohlene notwendige Bündelung der Forschungskapazitäten des HI zu leisten. Das vom HFR angestrebte Konzept eines Instituts mit weitgefaßtem Forschungsauftrag sollte daher nicht weiter verfolgt werden. Vielmehr spricht sich der Wissenschaftsrat - seine Empfehlung von 1980 zur Konzentration der Institutsarbeit fortführend und der realen Entwicklung am Institut folgend - dafür aus, die Forschungstätigkeit des Instituts nunmehr eng an die dort vorhandenen wichtigen Bestände für die Osteuropaforschung zu binden. Damit wird einer Verzettelung der wissenschaftlichen Kapazitäten entgegengewirkt und zugleich sichergestellt, daß die Serviceleistungen des HI mit einer unabdingbaren Forschungskompetenz verbunden bleiben.

Der Wissenschaftsrat ist ferner der Auffassung, daß sich die Umsetzung der vorgeschlagenen Umstrukturierung am besten in einer neuen, vom HFR unabhängigen Rechtsform für das HI realisieren läßt. Eine künftige Trenung des HI vom

HFR ergibt sich aus dem in Aussicht genommenen Funktionswandel des Instituts. Das HI sollte als eigene Rechtspersönlichkeit in geeigneter Form nunmehr selbst zum Zuwendungsempfänger werden. Die externe Kontrolle durch die wissenschaftliche Fachgemeinschaft sollte ein Wissenschaftlicher Beirat sicherstellen. Neben einem institutsinternen Leitungsgremium sollte ein Kuratorium unter Einschluß der Zuwendungsgeber eingerichtet werden. Gleichwohl sollte dafür Sorge getragen werden, daß die fachlichen Beziehungen zum HFR und den Historischen Kommissionen nicht verloren gehen.

Dem Institutsdirektor wird bei der Neugestaltung der Institutsarbeit eine wichtige Rolle zufallen. Seine Unabhängigkeit vom HFR sollte gesichert sein. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, bei der Neubesetzung der Direktorenstelle in drei bis vier Jahren diese mit einem Bewerber mit Hochschullehrerqualifikation zu besetzen. Sie sollte - wie vom Sitzland angeboten - mit einer C4-Leerstelle an der Universität Marburg verbunden werden, damit eine gemeinsame Berufung realisiert werden kann.

II.4. Zum wissenschaftlichen Personal

Nach Einschätzung des Wissenschaftsrates sind die am Institut tätigen Wissenschaftler überwiegend von einem eher archivalischen Wissenschaftsverständnis geprägt. Originäre Impulse für die Forschung wären auch mit der bisherigen Personalausstattung nicht zu leisten.

Der Wissenschaftsrat hält es für wenig sinnvoll, die Forschungskomponente im Institut durch die Einrichtung zusätzlicher Forschungstellen zu stärken. Vielmehr sollte die Forschungstätigkeit der Mitarbeiter sich an den am Institut vorhandenen Materialien orientieren und mit den Serviceaufgaben verknüpft werden, die ihrerseits ohne wissenschaftliche Kompetenz nicht zu erfüllen sind. Hinsichtlich

des Bibliothekspersonals wird für künftige Einstellungen eine stärkere Berücksichtigung bibliothekarischer Fachausbildung empfohlen.

II.5. Zur sächlichen Ausstattung

Der Wissenschaftsrat spricht sich gegen eine Umschichtung des Haushalts zu Lasten der Sachmittel aus, wenngleich die angestrebte Serviceorientierung für das Institut ausreichendes Personal voraussetzt. Vielmehr empfiehlt er, mit der künftigen Mittelausstattung eine ausreichende Servicefähigkeit des HI angesichts wachsender Anforderungen zu gewährleisten. Dabei kommt einer gesicherte Ausstattung der Bibliothek sowie dem Ausbau der EDV des Instituts besondere Bedeutung zu.

II.6. Zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit

Durch die Schaffung von Gastwissenschaftlerstellen und Stipendien für den wissenschaftlichen Nachwuchs erhielte das HI die Chance, sich zu einer Begegnungsstätte für die internationale Ostmitteleuropaforschung zu entwickeln. Der Wissenschaftsrat unterstützt und ermuntert weiter die Mitarbeiter des Instituts, Lehraufträge an den Hochschulen zu übernehmen, um so zur wichtigen Nachwuchspflege auf diesem Gebiet beizutragen und Impulse aus dem universitären Bereich in die Institutsarbeit zu transferieren. Die Verbindung zur Universität Marburg sollte zumindest durch die gemeinsame Berufung des Direktors des HI institutionalisiert werden.

II.6. Zusammenfassende Beurteilung

Der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat mit seinem Institut verfolgt das Ziel der Erforschung des östlichen Mitteleuropa in seinen europäischen Bezügen. Das Johann-Gottfried-Herder-Institut hat mit seiner Unterstützung der

Forschungsarbeiten wesentlich zur Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnisse über die historischen deutschen Siedlungsgebieten in diesem Raum beigetragen. Die Historischen Kommissionen des Herder-Forschungsrates erfüllen zugleich hinsichtlich der historischen deutschen Ostgebiete vergleichbare Funktionen wie die Kommissionen für Landesgeschichte in den deutschen Ländern.

Mit seiner Tätigkeit nimmt das Herder-Institut für die Historische Osteuropaforschung, die an den Hochschulen nicht ausreichend vertreten ist, eine bedeutende Stellung ein. In der Wahrnehmung seiner Aufgaben verbindet es die anerkannte Forschungstätigkeit der Mitglieder des Forschungsrates mit Serviceleistungen und Maßnahmen der Forschungsförderung. Das Institut stellt der Historischen Osteuropaforschung eine auch international bedeutsame Infrastruktur zur Verfügung. Es sollte in dieser Funktion gestärkt und gefördert werden. Hingegen hat sich nach Auffassung des Wissenschaftsrates das Konzept eines Forschungsinstituts mit weitgefaßtem Auftrag nicht bewährt. Das Herder-Institut soll deshalb nicht mehr als Forschungseinrichtung, sondern als Serviceeinrichtung für die Forschung gemäß § 1, Abs. 1b der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen weitergefördert werden.

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates entsteht in Leipzig ein interdisziplinäres Zentrum für die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas. Außerdem verfügt die Universität Leipzig in der Geschichtswissenschaft über einen Schwerpunkt Osteuropaforschung. Im Zusammenhang mit der in etwa zwei Jahren vorzunehmenden Neuberufung des Direktors des Herder-Instituts empfiehlt der Wissenschaftsrat, die mittelfristig bestehende Möglichkeit einer Anbindung der Serviceeinrichtung an Leipzig zu prüfen.

Für die künftige Entwicklung des Herder-Instituts ist es in Fortführung der Empfehlung des Wissenschaftsrates von 1980 sowie mit Rücksicht auf aktuelle Entwicklungen für das Forschungsfeld besonders wichtig:

- die Forschungstätigkeit auf die am Institut vorhandenen wichtigen Bestände zu begrenzen und damit zugleich die Serviceleistungen weiterhin mit unabdingbarer wissenschaftlicher Kompetenz zu verbinden,

- die Institutsarbeit auf historische Aufgaben zu konzentrieren und die gegenwartsbezogenen Aktivitäten in absehbarer Zeit abzuschließen,

- durch Lehraufträge der Mitarbeiter und Stipendien zur wichtigen Nachwuchspflege auf dem Gebiet der Historischen Osteuropaforschung beizutragen,
- durch Einbindung von Gastwissenschaftlern die Weiterentwicklung des Forschungsfelds zu fördern.

Nach Auffassung des Wissenschaftsrates läßt sich die vorgeschlagene Neuorientierung am besten in einer neuen, vom Herder-Forschungsrat unabhängigen Rechtsform verwirklichen.

Die Arbeit des Herder-Instituts ist, sollte die empfohlene Umstrukturierung gelingen, von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse im Sinne der Kriterien für eine gemeinsame Förderung durch Bund und Länder.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, das Johann-Gottfried-Herder-Institut vom Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat zu lösen und das Institut im Rahmen der gemeinsamen Förderung nach Maßgabe der oben im einzelnen ausgeführten Empfehlungen als Serviceeinrichtung für die Forschung mit eigener Rechtspersönlichkeit fortzuführen und auch im Hinblick auf ähnliche Einrichtungen nach 5-7 Jahren erneut zu begutachten.

D. Zusammenfassung und Ausblick

Die Historische Kommission zu Berlin und der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat bzw. das Johann-Gottfried-Herder-Institut bewegen sich teilweise in einem gemeinsamen Forschungsfeld, das mit dem Begriff "Ostmitteleuropa" bezeichnet wird. Dabei gilt die Ostmitteleuropaforschung als Teil der Osteuropaforschung. Sowohl die beziehungsgeschichtlich orientierten Sektionen der Historischen Kommission zu Berlin als auch der Herder-Forschungsrat haben dabei in der Vergangenheit in diesem Fachgebiet gewisse Sonderstellungen eingenommen. Während die Osteuropaforschung - sei es im Bereich der Hochschulen oder sei es in den zahlreichen außeruniversitären Einrichtungen - sich überwiegend auf die (Zeit-)Geschichte der vormaligen Sowjetunion bzw. Rußlands konzentrierte, war der Ausgangspunkt der Sammel-, Dokumentations- und Forschungsarbeiten des Herder-Forschungsrates die Beschäftigung mit der Geschichte und Kultur in den historischen deutschen Siedlungsgebieten. Die in dem Schwerpunkt "Preußen und seine Nachbarn" arbeitenden Sektionen der Historischen Kommission zu Berlin ("Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen" sowie "Deutsch-jüdische Geschichte") bemühten sich um die Erforschung der internationalen Beziehungen und der wechselseitigen Beeinflussungen insbesondere im Verhältnis Preußens zu seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn.

Die auf Osteuropa bzw. Ostmitteleuropa bezogene Forschung in der Bundesrepublik Deutschland war bis Anfang der 90er Jahre überwiegend vom Ost-West-Gegensatz geprägt. Mit unterschiedlichem Gewicht wirkte sich dies auf zahlreiche Aktivitäten in den Bereichen der Sammlung und Dokumentation von Quellen und Materialien, der Kooperation mit auswärtigen Wissenschaftlern und Institutionen, zum Teil auch der Rekrutierung des wissenschaftlichen Personals und schließlich nicht zuletzt auf die Bedingungen der Forschung (Definition von Arbeitsschwerpunkten, Zugang zu Quellen, Einwer-

bung von Fördermitteln, Aufgaben der Politikberatung) aus. Die nunmehr eingetretenen Veränderungen im politischen Raum bieten die Chance zu zum Teil grundlegenden Neuorientierungen der wissenschaftlichen Arbeit für die aus der Historischen Kommission hervorgehenden Arbeitsschwerpunkte und im Herder-Institut.

Für die künftige Entwicklung der von den beiden Einrichtungen repräsentierten Forschungsrichtungen kommt es daher darauf an, in den neu zu schaffenden (Beziehungsgeschichte Preußens) bzw. zu reformierenden (Herder-Institut) institutionellen Strukturen folgende Empfehlungen angemessen zu berücksichtigen und umzusetzen:

- Konzentration der wissenschaftlichen Tätigkeiten

  Vor allem im Fall des Herder-Instituts sollen nicht weitere zusätzliche Forschungsschwerpunkte in Angriff genommen, sondern die Tätigkeiten im Sinne der ausführlich begründeten Empfehlungen des Wissenschaftsrates auf solche Vorhaben konzentriert werden, die in enger Verbindung mit den Sammlungen und den Servicefunktionen des Instituts stehen und aufgrund der gegebenen personellen und materiellen Ressourcen in einem angemessenen Zeitrahmen bewältigt werden können.

- Entwicklung neuer wissenschaftlicher Fragestellungen

  Der Zugang zu - der geschichtswissenschaftlichen Forschung bisher unzugänglichen - Quellen und Materialien ist sowohl für westeuropäische als auch für osteuropäische Wissenschaftler erleichtert worden. Es gilt daher grundsätzlich, diesen Umstand und die eingetretene Freizügigkeit in der Kooperation mit ausländischen Wissenschaftlern zu nutzen, um wissenschaftliche Fragestellungen zu entwickeln oder fortzuführen, die bisher aus poli-

tischen und/oder materialbezogenen Gründen nicht oder nur lückenhaft verfolgt werden konnten.

- Kooperative und interdisziplinäre Arbeitsformen und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

  Angesichts der veränderten Arbeits- und Forschungsbedingungen sollte der internationale Wissenschaftleraustausch (etwa durch gemeinsame Forschungsprojekte, befristete Arbeits- und Studienaufenthalte) intensiver gefördert werden. Die Einrichtungen sollten zu diesem Zweck Stellen für Gastwissenschaftler einrichten.

  Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die Zusammenarbeit zwischen den außeruniversitären Einrichtungen und den Hochschulen zu intensivieren. Nur durch eine enge und dauerhafte Kooperation zwischen ihnen wird es gelingen, qualifizierte Nachwuchswissenschaftler aus dem Hochschulbereich für die außeruniversitären Einrichtungen zu gewinnen.

Die in den vorliegenden Stellungnahmen ausgesprochenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates dienen der Entwicklung der auf Osteuropa und Ostmitteleuropa bezogenen historischen Forschung, da sie sich für die weitere bzw. künftig intensivierte Förderung wichtiger Teilbereiche aussprechen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt eine differenzierte Förderung der Historischen Kommission zu Berlin und befürwortet die Konzeption eines geschichtswissenschaftlichen Forschungsschwerpunktes "Preußen und seine Nachbarn", der auf wesentliche Vorarbeiten von Sektionen der Historischen Kommission zurückgreifen kann und - wie bereits in der Vergangenheit geschehen - auch die Beziehungen Preußens zu seinen ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Nachbarn zu berücksichtigen hat. Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Umstrukturierung des Herder-Instituts zu einer Serviceein-

richtung für die Forschung zur Geschichte der historischen deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa sowie dessen Ausgestaltung zu einer internationalen Begegnungsstätte mit wichtigen Aufgaben auch für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Anhang

Verzeichnis der vorgelegten Unterlagen

Historische Kommission zu Berlin

Antworten auf die Fragen des Wissenschaftsrates an die Historische Kommission zu Berlin (1990) mit Ergänzungen (1991) und Anlagen
Forschungskonzept. Bericht über laufende und geplante Vorhaben. Berlin 1986
Jahres- bzw. Tätigkeitsberichte und Finanzberichte (1989 und 1990)
Publikationsverzeichnisse

Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und Johann-Gottfried-Herder-Institut

Antworten auf die Fragen des Wissenschaftsrates an den Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat, Marburg (1990) mit Anlagen
Aufgaben, Einrichtungen, Arbeiten (Broschüre)
Veränderter Struktur- und Forschungsplan mit Vorbemerkungen (Stand: Juni 1991)
Jahresberichte des HI (1989 und 1990)
Wirtschaftsplanübersichten des HI (1990-1992)
Publikationsverzeichnisse
Weczerka, Hugo: Darstellung zur Entwicklung und gegenwärtigen Situation von HFR und Hi